

25	IB Mai 1982	Neues Grenz- und Wehrdienstgesetz
26	Zsf. Sep./Okt. 1982	Versorgungsschwierigkeiten u. Hamsterkäufe. DDR-Wirtschaft unter Bedingungen eines „Wirtschaftskrieges“
27	IB November 1983	Kirche u. Friedensbewegung. Raketenstationierung in der DDR
28	Zsf. Sept./Okt. 1985	Acht ideologische Probleme
29	IB März 1987	Perestrojka: Zur Innenpolitik in der Sowjetunion
30	IB Mai 1987	Der innenpolitische Kurs der Sowjetunion. Parallelen zur DDR?
31	IB März 1988	Auseinandersetzung mit staatsfeindlichen Aktionen: Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen
32	IB Mai 1988	Veröffentlichungen zum Erneuerungsprozess in der SU
33	IB Juli 1988	Zur Situation in der Sowjetunion und zur Geschlossenheit des sozialistischen Lagers
34	IB November 1988	Die Medien befriedigen nicht das Informationsbedürfnis über die sozialistischen Länder
35	IB März 1989	Entwicklung in den sozialistischen Ländern, Armut in der SU
36	Zsf. Mai/Juni 1989	Unterschiedliche Entwicklungen in den sozialistischen Ländern. Krisen-Erscheinungen im Sozialismus
37	Zsf. Mai/Juni 1989	„Gesellschaftliche Höhepunkte des Monats“: Kommunalwahlen
38	IB Mai 1989	Politischer Pluralismus in Polen und Ungarn. Beispiel für die DDR?
39	IB Juli 1989	China: Demonstration am „Platz des himmlischen Friedens“
40	IB September 1989	Die letzten Berichte (gekürzt)
41	Zsf. September 1989	

<p><u>Anlage 1</u></p> <p>Konzeption für die Studienjahresanalyse 1964/65 der Universitäten und Hochschulen zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs</p> <p>1. Was hat sich an der politisch-ideologischen Situation unter den Studenten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs im Berichtszeitraum geändert?</p> <p>(Dabei sind folgende Probleme zu beachten!)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie hat sich das politische Verantwortungsbewusstsein entwickelt? (Kriterien 1966: Stellungnahme zum Aufnahmeantrag der DDR an die UNO, zum 6-Punktevorschlag der SED, zum offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitag der SPD ... zu den Enthüllungen über Lübkes Tätigkeit während der Nazizeit, zum schmutzigen Krieg der USA in Vietnam u.ä.) - Wie wurden die Vorbereitungen auf den 20-Jahrestag der SED genutzt, um das Verständnis für die führende Rolle der SED Partei beim umfassenden Aufbau des Sozialismus und im Kampf für die Lösung der nationalen Frage zu vertiefen? - In welchem Maße bestimmen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, vor allem die Verbundenheit mit der Sowjetunion, das Urteil und die Haltung der Studenten und wissenschaftlichen Nachwuchskräfte zu internationalen Ereignissen? - Welche ideologischen Probleme weltanschaulichen Charakters sind in Aussprachen mit Studenten und wissenschaftlichen Nachwuchskräften zutage getreten und welche Auffassungen gibt es zur Anerkennung des dialektischen Materialismus als theoretische und methodologische Grundlage der wissenschaftlichen Tätigkeit? - Wie hat sich das Geschichtsbewusstsein der Studenten entwickelt? - Inwieweit treten Studenten und wissenschaftlicher Nachwuchs Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie und Dekadenz aktiv entgegen?

Dokument 1: Konzeption für die Studienjahresanalyse 1964/65 (Fragespiegel des MHF)

- Worin zeigt sich, daß die Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit bei den Studierenden zu einer bewußten Einstellung zum Studium und zur Erhöhung des Leistungsniveaus und des Leistungswillens führt?
 - Welche weiteren wichtigen Probleme gab es in der Diskussion der Studenten?)
2. Wie ist es gelungen, die Auseinandersetzungen vom Herbst des vergangenen Jahres in einen kontinuierlichen Erziehungsprozeß überzuleiten? Wie hat sich das Verständnis für die Einheit von sozialistischer Erziehung und Ausbildung bei den Hochschullehrern und dem wissenschaftlichen Nachwuchs entwickelt?
(Dabei sind folgende Probleme zu beachten:
- Wie wurden aktuelle politische Ereignisse vom Lehrkörper zum Anlaß genommen, um den Studenten das Wesen unserer nationalen Konzeption und die Notwendigkeit des aktiven Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus sichtbar zu machen und die Methoden seiner demagogischen Propaganda zu entlarven?
 - Wie werden die politisch-ideologischen und weltanschaulichen Potenzen der Fachlehrveranstaltungen für die sozialistische Erziehung und Bildung der Studierenden genutzt?
 - Inwieweit ist es gelungen, die politisch-ideologische Erziehung der Studenten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zur gemeinsamen Aufgabe aller Hochschullehrer und Lehrkräfte zu machen? Welche Probleme treten hierbei auf?
 - Wie fördert und entwickelt der Lehrkörper die Initiative der Studenten und ihr Interesse an einem gehaltvollen wissenschaftlichen und kulturellen Leben? Welchen Anteil nimmt er an der Heranbildung fester Seminarkollektive? In welchem Maße werden Gelegenheiten zur Teilnahme an Streitgesprächen mit Studenten genutzt?
 - Welche Rolle spielte die sozialistische Wehrerziehung in Erziehungs- und Ausbildungsprozeß und welche Maßnahmen gab es dazu?

- Welche Berücksichtigung findet das 4. Studienjahr und seine besondere Problematik in der Arbeit des Lehrkörpers und der Leitungen?
 - Wie nimmt der Lehrkörper seine Verantwortung hinsichtlich der Entwicklung einer sozialistischen Atmosphäre in den Wohnheimen der Studenten wahr?)
3. Welche qualitativen Veränderungen in der Leitungstätigkeit an den Universitäten und Hochschulen sind gegenüber dem vorigen Berichtszeitraum zu verzeichnen? Wie werden den erhöhten Anforderungen Rechnung getragen, die sich aus dem Übergang zur zweiten Stufe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung für die Hochschulen ergeben?
(Dabei sind folgende Probleme zu beachten:
- Welche Probleme der Ausbildung und Erziehung standen im Mittelpunkt der Leitungstätigkeit? Wie wurde mit den Beschlüssen gearbeitet?
 - Gibt es ein System der Rechenschaftslegung beginnend beim Institut, über die Fachrichtungen und Fakultäten bis zu den Senaten?
 - Wie sind die Studierenden in die Vorbereitung von Entscheidungen, die das Studium, die Erziehung und andere studentische Belange betreffen, einbezogen? Wie wurde auf ihre Vorschläge reagiert?
 - Wie arbeiten die staatlichen Leitungen mit den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der FDJ, bei der Lösung der Aufgaben in Erziehung und Bildung zusammen?
 - Wie haben die staatlichen Leitungen die besondere Problematik der Lehrerausbildung berücksichtigt? Wie ist die Arbeit der Senatskommission für Lehrerbildung einzuschätzen?)
- 3.4. Dazu erarbeiten die Hochschulleitungen eine Einschätzung zu den Fakultätsberichten

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

47-408 Information

Martin-Luther-Universität Halle
Gen. Abraham
Pers. Referent des Rektors

Halle

118/320

W. K. G. v. S.
3.3.1969

I-2/2 Sa/aa
BERLIN, den 27.2.1969

Der Empfänger

Der Zusteller von

Postfach
1103
700

Exemplare:

(Bei Antwort bitte angeben)

Betreff:

Werte Genossin
Wertes Genosse Abraham!

Nach Abschluß der Diskussion des Beschlussesentwurfes des Staatrates, die gleichzeitig eine erste Bewährungssituation für das im Aufbau befindliche Informationssystem im Hochschulwesen war, ist es möglich, wieder zur tätigen Berichterstattung zurückzukehren (Die Frage des Überganges zur monatlichen Berichterstattung wird im Zusammenhang mit der Vorbereitung der nächsten Beratung aller Informationsbeauftragten geprüft und beantwortet). Als Termin für die Berichterstattung in den Monaten März und April werden festgelegt:

13.3., 27.3., 10.4. und 24.4.1969.

Ich schlage vor, jeweils zum 1. Berichtstermin eines Monats einen Bericht zu aktuellen und allgemeinen Problemen und zum 2. Berichtstermin eines Monats zu einem thematischen Schwerpunkt zu berichten. Über besondere Vorkommnisse sollte je nach Bedeutung gesondert oder im Rahmen der jeweils fälligen Informationen berichtet werden. Der erste Bericht (zum 13.3.) sollte unbedingt eingehen auf die Reaktionen der Hochschullehrer vor der geplanten Bonner Provokation in Westberlin, der dritte Bericht (zum 10.4.) u.a. auf Fragen des Wettbewerbs zum 20. Jahrestag der DDR (siehe Brief des Genossen Minister vom 20.2.1969). Die thematischen Schwerpunkte

Staatlich der DDR
Berlin 111 000
Telefon Nr. 100 000

Telegraphen: Heinkel
Hochschulwesen Berlin
Postfach 111 000

Spezialpost: Dienstpost

Dokument 2: MHF an MLU vom 27.2.69 – Schreiben des MHF betr. Berichterstattung und Informationssystem

- 2 -

für den zweiten (27.3.) und vierten Bericht (24.4.) sind diesem Schreiben als Anlage beigegeben.

Der nächste Erfahrungsaustausch mit allen Informationsbeauftragten wird voraussichtlich am 16. 3. 1969 in Berlin stattfinden. Die Einladung wird Ihnen über den staatlichen Leiter zugehen.

Ich bitte Sie, den für die Information an Ihrer Einrichtung verantwortlichen staatlichen Leiter vor Inhalt dieses Schreibens Kenntnis zu geben.

Mit sozialistischem Gruß

Sey
Dr. W. Sey
Gruppenleiter

Schwerpunkte:

1. Zum 27. 3. 1969 sollte über den Komplex Weiterbildung berichtet werden, wobei besonders von Bedeutung sind
 - Meinungen und Vorstellungen über die Gestaltung der Weiterbildung unmittelbar nach Abschluß des Studiums;
 - Vorstellungen über die Gestaltung eines Systems der Weiterbildung der Hochschullehrer unter besonderer Berücksichtigung der marxistisch-leninistischen Weiterbildung;
 - Meinungen, Vorstellungen und Probleme zur Zusammenarbeit der Sektionen mit ihren Kooperationspartnern auf dem Gebiet der Weiterbildung der Hoch- und Fachschullehrer der Praxis.
2. Zum 24. 4. 1969 sollte über den Stand der Forschungskonzentration sowie der Auftragsbindung der konzentrierten Forschung und der dabei sichtbar gewordenen politisch-ideologischen Probleme berichtet werden.

Dr. Dorn
13.3.69
T. 22.3.

Dr. Rostoff
16.4.
T. 16.4.

Anlage 1

Auf Grund der Weisung des MHP vom 4.12.69 und der Weisung des Rektors vom 22.12.69 zum weiteren Aufbau des Leitungs- und Informationssysteme geht Ihnen hiermit die Rahmengliederung zur langfristig abgestimmten Auftragsinformation in ihrer Gesamtheit zu.

Ihre monatliche Berichtstätigkeit beschränkt sich dabei nur auf wenige Punkte, die Ihnen in dieser Anlage bekanntgegeben werden. Dieser Informationskatalog ist mit dem MHP und den Funktionalorganen des Rektors weitestgehend abgestimmt. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme wird das gesamte Berichtswesen an der MLU konzentriert und koordiniert, um eine mehrfache Abforderung von Berichten in Zukunft auszuschließen. Der im Folgenden aufgeführte Informationskatalog deckt weitgehend den Informationsbedarf der Funktionalorgane der MLU ab.

Rahmengliederung

1. Aktuelle politische Probleme (Einschätzung von Argumenten, differenziert nach den wichtigsten Beschäftigungsgruppen Hochschullehrer, Wiss. Mitarbeiter, Studenten, techn. Kräfte)
2. Prognose und Wissenschaftsentwicklung
3. Profilierung sowie Planung und Leitung der Forschung
 - 3.1. Stand und Probleme der Profilierung
 - 3.2.1. Entwicklung der Sektionen (Ansfüllung des Sektionspasses)
 - 3.2.2. Entwicklung neuer wissenschaftlicher Arbeitsgebiete, die sich in Auswertung der Beschlüsse über die Wissenschaftsorganisation verschiedener Industriezweige ergeben
 - 3.2.3. Information über Wissenschaftsgebiete, die sich im Prozeß der Differenzierung und Integration der Wissenschaften an den Hochschulen herauszubilden beginnen
 - 3.3. Konzentration und Spitzenleistungen

- 3.4. Stand der auftragsgebundenen Forschung und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit
- 3.5. Analyse des Standes der Konzentration und Schwerpunktbildung in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung

4. Erziehung und Anbildung

- 4.1. Einschätzung der politisch-erzieherischen Wirksamkeit der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter
- 4.2. Einschätzung der marx.-len. Bildung und Erziehung der Studenten
- 4.3. Stand und Probleme des Forschungsstudiums
- 4.4. Einschätzung der Ergebnisse der Einführung neuer Grundstudienpläne; Stand der Erarbeitung der Fachstudienpläne
- 4.5. Stand der Rationalisierung und Intensivierung der Lehr- und Lernprozesse
- 4.6. Fragen der sozialistischen Wehrerziehung
- 4.7. Stand und Probleme der Anbildung von Lehrerstudenten
- 4.8. Studentenwettbewerb
- 4.9. Stand der Einführung neuer Studiendisziplinen
- 4.10. Studentenbrigaden
- 4.11. Studienjahresanalyse
- 4.12. Vorbereitung des neuen Studienjahres

5. Weiterbildung

- 5.1. Marx.-len. Weiterbildung der HS-Lehrer und wiss. Mitarbeiter
- 5.2. Weiterbildung (fachspezifische und hochschulpädagogische) der HS-Lehrer und Praxiskader
- 5.3. Stand der Vorbereitung der EDV-Weiterbildung der HS-Lehrer, wiss. Mitarbeiter, Leitungskader und anderer Mitarbeiter
- 5.4. Einschätzung der Einführung des neuen Fernstudiums

6. Kaderfragen

- 6.1. Stand der Vorbereitung der Berufungen für den 1.9.70, Probleme
- 6.2. Stand der Bildung von Kaderreserven für leitende Funktionen der 1. und 2. Leitungsebene

7. Planung und Ökonomie

Alle Informationen, die über das Teilyearren Rechnungsführung und Statistik laufen, sind hier nicht erfaßt.

- 7.1. Vorbereitung und Durchführung von Investbauten
- 7.2. Sicherung der wohnraumtägigen Unterbringung der Studenten
- 7.3. Planungs- und Finanzierungssystem
- 7.4. Stand und Probleme der Perspektivplandiskussion
8. Internationale Beziehungen
 - 8.1. Zusammenarbeit mit sowjetischen Hochschulen
 - 8.2. Stand der Delegierung von Studenten ins sozialistische Ausland
 - 8.3. Internationaler Studentenaustausch
 - 8.4. Stand und Probleme des Ausländerstudiums
9. Allgemeine Leitungsfragen
 - 9.1. Entwicklung der Führungstätigkeit
 - 9.2. Wettbewerbeführung
 - 9.2.1. Teilberichte
 - 9.2.2. Komplex-Berichte
 - 9.3. Frauenförderung
 - 9.4. Stand und Probleme der Praxisverbindung
 - 9.4.1. Zusammenarbeit mit den Hauptpraxispartnern
 - 9.4.2. Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen
 - 9.4.3. Zusammenarbeit mit anderen Hoch- und Fachschulen
 - 9.5. Öffentlichkeitsarbeit
 - 9.6. Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens
 - 9.7. Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen und Organen
 - 9.7.1. Zusammenarbeit mit der Parteileitung
 - 9.7.2. Zusammenarbeit mit dem FDGB
 - 9.7.3. Zusammenarbeit mit der FDJ
 - 9.7.4. Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Organisationen
 - 9.7.5. Zusammenarbeit mit dem Gesellschaftlichen Rat
 - 9.8. Eingabenanalyse
 - 9.9. Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen
10. Besondere Vorkommnisse

Ausgehend von der führenden Rolle der Partei bei der Gestaltung unserer sozialistischen Universität wurde an der Martin-Luther-Universität mit der Berufung einer Arbeitsgruppe Information beim Rektor die Erreichung der oben angeführten Zielstellung in Angriff genommen. Diese Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

Leiter: Informationsbeauftragter

Mitglieder: ein Mitglied der UPL (Verantw.f.Inf.d.UPL)

Sekretär der UGL (Verantw. f. Inf. d. UGL)

Sekretär der FDJ KL (Verantw.f.Inf.d.FDJ KL)

Wiss.Sekretär des Prorektors für Gewi (Parteisekretär der APO Staatl. Leitung)

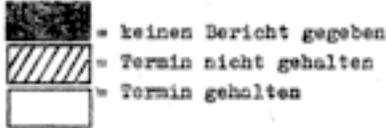
Wiss.Sekretär des Rektors

Wiss.Sekretär des 1. Prorektors

Diese Arbeitsgruppe tritt regelmäßig zusammen und hat folgende Aufgaben:

- Austausch, Bewertung und Umsetzung von Leitungsinformationen zwischen Partei, gesellschaftlichen Organisationen und staatlicher Leitung
- Beratung und Festlegung von Maßnahmen, die dem weiteren Aufbau des Informationssystems und der Organisation des Informationsflusses dienen
- Überprüfung des Aussage- und Wahrheitsgehaltes von Leitungsinformationen und Erarbeitung von Vorschlägen zur Leitungsentcheidung
- Auswertung zentraler und interner Beratungen
- Auswertung von Informationsberichten
- ständige Analyse der Informationstätigkeit an der MLU

Sektion	Jan.	Febr.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Mathematik										
Physik										
Chemie										
Biowiss.										
Geographie										
Folytechnik										
Medizin										
Pharmazie										
Pflanzprod.										
NLO										
Phil/Gesch/StabD										
ML										
Orient/Altertum										
Staats/Rechtswiss.										
Geom./Kunstwiss.										
Erziehungswiss.										
Sportwiss.										
Theologie										
Sprache/Lit.										
ASP										
ULB										



 = keinen Bericht gegeben
 = Termin nicht gehalten
 = Termin gehalten

Als besonders gut sind die Sektionen Pharmazie, Phil/Gesch/StabD, Physik, Biowissenschaften und Theologische Fakultät zu nennen. Die Sektionen Geographie, ML und der Bereich Medizin müssen hinsichtlich der Termineinhaltung große Anstrengungen unternehmen, um der Weisung des Rektors vollinhaltlich nachkommen zu können. Durch die Größe des Bereichs Medizin erklärt, bedarf die Informationserfassung in diesem Bereich größerer leitungsmäßiger Unterstützung als bisher. Dies wurde auch im Bericht des Volkshenr. auschusses deutlich. Die Anleitung der Informationsbeauftragten

- 5 -

Dokument 5: Arbeitspapier – Die Sektionen der MLU

-1- *Mugwippen 7.6.682*

Martin-Luther-Universität
Halle-Sittenberg
1. Prorektor

*Bitte zurück
f. Sp.*

Veranstaltungsbilanz			
Veranst.	LM 70	1. Nr.	2. Nr.
PH	70	70	3

4

Informationsbericht der Martin-Luther-Universität
Dezember 1970

Der vorliegende Informationsbericht gliedert sich nach dem von HMF vorgegebenen Fragebogen. Er enthält:

- Punkt 1.: aktuelle politische Ereignisse, aufgegliedert nach den Vorgaben von Punkt 1.1. - Punkt 1.7.
- Punkt 4.4.: Einsichtung der durch die Einführung des Jahresstudienplanes Chemie bewirkten Veränderungen bei der Erziehung und Ausbildung der Studenten
- Punkt 5.2.: Weiterbildung der eigenen Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter
- Punkt 8.1.: Berichterstattung gemäß der Weisung über die Gestaltung der Beziehungen zur GDR vom 26.6.1970
- Punkt 8.5.: Information über den Stand der Gewinnung von Gelehrkräften aus sozialistischen Ländern (entsprechend der Vorgabe für den Monat Oktober)
- Punkt 8.6.: Gegenwärtige Aktivitäten gegenüber dem Hochschulwesen der GDR (gegliedert nach vorgegebenen Schwerpunkten)
- Punkt 9.5.2.: Publikationen (gemäß Vorgabe des HMF)
- Punkt 10.: Besondere Vorkommnisse

Sonderinformation: Überblick über vorgeplante Veranstaltungen im 1. Halbjahr 1971 an der MLU

Dokument 6: IB Dezember 1970 – Titelseite und „Aktuelle politische Ereignisse“

688

1. Aktuelle politische Ereignisse

1.1. Hauptdiskussionsthemen im Berichtszeitraum waren an der MLU:

- Der Vertragsabschluss zwischen der UdSSR und der DDR
- der Vertragsabschluss zwischen der VR Polen und der DDR
- die Initiative der DDR zur Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen der DDR und der BRD
- die Berliner Tagung der Repräsentanten der Staaten des Warschauer Vertrages
- die widerrechtliche Einkerkierung der Patriotin Angela Davis
- die erneuten Bombardements der USA-Imperialisten in Vietnam
- der Anschlag auf das sowjetische Ehrenmal in Westberlin
- die widerrechtlichen Aufenthalte von Repräsentanten der Bundesrepublik in Westberlin
- die Weltraumerfolge der Sowjetunion auf dem Mond
- der Amtsantritt von Präsident Allende in Chile
- die Ereignisse in Guinea
- Reaktionen und Meinungen zur 18. Volkskammertagung, insbesondere zum Zivilverteidigungsgesetz (lt. Vorgabe des MHP)

In allen Sektionen und Bereichen der MLU war das Bemühen auf die weitere Klärung der politisch-ideologischen Grundfragen gerichtet. Nach wie vor stehen im Mittelpunkt des Interesses die Probleme, die mit dem Abschluß des Vertrages UdSSR/BRD, VR Polen/BRD sowie mit der neuerlichen Initiative der DDR zu Gesprächen mit der Bundesrepublik zusammenhängen.

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
1. Prorektor

D i e n s t s a c h e !

W e i s u n g

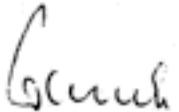
zur Erstattung von Meldungen über außergewöhnliche Vorkommnisse

Zur Durchsetzung der Anweisung Nr. 1/1988 des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen vom 15. Januar 1988 an der Martin-Luther-Universität weise ich an:

1. Die Prorektoren sowie die Direktoren der Sektionen und Bereiche haben zu gewährleisten, daß außergewöhnliche Vorkommnisse sofort gemeldet werden.
2. Die meldepflichtigen Vorkommnisse sind in der Nomenklatur (Anlage 1) verzeichnet. Für die Sofortmeldungen gilt die Gliederung in der Anlage 2.
3. Innerhalb der Dienstzeit sind die schriftlichen Meldungen unter Beachtung der erforderlichen Geheimhaltung dem Informationsbeauftragten im Büro des 1. Prorektors unverzüglich zu übermitteln, auch wenn die vorgesehenen Angaben noch nicht vollständig vorliegen. Mündliche Informationen können unter der Rufnummer 31 4 47, bei Abwesenheit unter 832 547 oder 549 erfolgen.
4. Außerhalb der Arbeitszeit steht für dringende Meldungen der Bereitschaftsdienst der MLU zur Verfügung (Tel. 832 228 oder 29 5 15).

5. Die Angaben müssen wahrheitsgetreu und kurz sein, der Universitätsleitung es aber zusammen mit eventuellen Ergänzungsmeldungen ermöglichen, die Lage objektiv einzuschätzen und erforderliche Entscheidungen zu treffen. Bei Katastrophen und folgenschweren Ereignissen sind Lagemeldungen nach Anlage 2 und auf Anforderung auch Abschlußberichte zu geben. Dazu haben die Sektionen und Bereiche ihre ZV-Beauftragten einzubeziehen.
6. Die Melde- und Informationspflichten nach den gesetzlichen Bestimmungen über Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz werden durch diese Weisung nicht verändert.
7. Die Direktoren der Sektionen und Bereiche sowie der Funktionsdirektorate haben die Informationsbeziehungen so zu organisieren, daß außergewöhnliche Vorkommnisse in allen Struktureinheiten sofort dem übergeordneten Leiter gemeldet werden. Dazu sind alle Mitarbeiter über diese Weisung aktenkundig zu belehren.
8. Diese Weisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Gleichzeitig verlieren die "Weisung zur Erstattung von Meldungen über besondere Vorkommnisse sowie Meldungen und Berichten bei außergewöhnlichen Ereignissen" vom 21. 5. 1980 (VD 2/2/8/80) und ihre Ergänzung vom 20. 4. 1984 (VD 2/2/3/84) ihre Gültigkeit. Sie sind in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Halle, 1. März 1988


Prof. Dr. sc. oec. P. Danek

Anlage 1:

Nomenklatur der meldepflichtigen außergewöhnlichen Vorkommnisse

Nomenklaturnummer	Art der besonderen Vorkommnisse und Ereignisse
01.01.	Politisches Fehlverhalten durch Hochschulangehörige sowie Personen, die sich vorübergehend an der Universität aufhalten
01.02.	Politische Straftaten von Hochschulangehörigen
01.03.	Besondere politische Vorkommnisse und Diskussionen unter ausländischen Wissenschaftlern, die an den Einrichtungen tätig sind sowie unter ausländischen Studierenden
01.04.	Politische Provokationen gegenüber den Einrichtungen bzw. gegenüber Hochschulangehörigen, (z. B. politisch provokative Schmierereien, Schreiben, Flugblätter, Anonyme Anrufe, Drohungen usw.)
01.05.1.	Ungesetzliches Verlassen der DDR - vollzogen
01.05.2.	Ungesetzliches Verlassen der DDR - versucht
01.06.1.	Antragstellungen auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR (Übersiedlungsersuchen)
01.06.2.	Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR wegen Eheschließung
01.07	Verrat oder unbefugte Offenbarung von Staatsgeheimnissen
02.01.	Verluste sowie grobe Verstöße im Umgang mit Staatsgeheimnissen
02.02.	Einbrüche in VS-Räume und VS-Behältnisse, Diebstähle von Verschlusssachen
02.03.	Verluste von Dienstsiegeln
03.00.	Eingänge von Erklärungen und bedeutsamen Schreiben bzw. Versuche persönlicher Verbindungsaufnahme von Personen, Dienststellen oder Organen aus nichtsozialistischen Staaten einschließlich Berlin (West), die nicht im Rahmen der von den zuständigen Staatsorganen erlassenen Direktiven liegen

Nomenklaturnummer	Art der besonderen Vorkommnisse und Ereignisse
04.00.	Auftreten von Personengruppen mit negativen, gegen die Politik von Partei und Regierung gerichteten Stimmungen und Handlungen
05.01.	Verbrechen/Vergehen einschließlich Tötung gegenüber Hochschulangehörigen sowie Personen, die sich vorübergehend an der Universität aufhalten
05.02.	Einbrüche, Einbruchdiebstähle und mutwillige Zerstörungen an den Einrichtungen
06.01.1.	Verstöße grober Art gegen die Studienzucht
06.01.2.	Verstöße grober Art gegen die Disziplin, Ordnung und Sicherheit in Wohnheimen
06.01.3.	Veränderungen im Studienablauf bei ausländischen Studierenden (z. B. Rückstufungen, Abbruch des Studiums u. d.)
07.00.	Angriffe auf Geldtransporte
08.00.	Auffinden bzw. Verlust von Waffen, Munition, Sprengmitteln, infektiösem Material, radioaktiven Stoffen, Giften
09.00.	Schadensfälle im Grenzgebiet zur BRD und Berlin (West) mit möglichen Auswirkungen auf die Territorien der BRD bzw. Berlin (West)
10.00.	Schadens- und Unglücksfälle mit folgenschweren Auswirkungen an der Universität
11.01.	Versorgungsstörungen bei Elektroenergie, Fernwärme, Gas oder Wasser mit erheblichen Auswirkungen für die Aufrechterhaltung der Tätigkeit der Einrichtungen, insbesondere des Studien- und Lehrbetriebes, der medizinischen Betreuung und Versorgung, der Forschung

I. Entwicklung und Ergebnisse der sozialistischen Erziehung der Studierenden

Die sozialistische Erziehung der Studenten unserer Universität hat im Studienjahr 1964/65 weitere Fortschritte gemacht, was sich in dem erhöhten Verantwortungsbewußtsein der Studenten für ihr Studium und in ihrer positiven Einstellung zu den Grundfragen der Politik von Partei und Regierung zeigt. Sie bejahen die Ideale des Sozialismus, und die meisten Studenten sind politischen Fragen gegenüber aufgeschlossen und interessiert.

Das läßt sich belegen durch:

- das selbständige politische Auftreten vieler Studentengruppen in den Orten des Ernteeinsatzes, wo sie wirksame Veranstaltungen zum 19. Jahrestag der Republik durchführten;
- die insgesamt erfolgreiche Leitung von Seminargruppen durch Studenten höherer Studienjahre im Ernteeinsatz;
- das gute Auftreten unserer FDJ-Delegation beim Deutschlandtreffen 1964 in Berlin;
- die wachsende Anzahl der Teilnehmer am wissenschaftlichen und kulturellen Studentenwettbewerb und das steigende Niveau der vorgelegten Arbeiten.

Diese erfolgreiche Entwicklung des ideologisch-politischen Bewußtseins der Studenten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Fortschritte im entscheidenden Punkt der sozialistischen Bewußtseinsbildung, nämlich beim Herausbilden fester politischer Überzeugungen und eines klaren Standpunktes noch unzureichend sind in bezug auf die Masse der Studierenden. Ein Teil der Studenten unterliegt Schwankungen in den Ansichten über den Klasseninhalt der nationalen Politik und die besondere Aggressivität und Gefährlichkeit des Bonner Imperialismus und Militarismus. Das äußert sich vor allem in einer bei der

I. Entwicklung und Ergebnisse der sozialistischen Erziehung der Studierenden

Die sozialistische Erziehung der Studenten unserer Universität hat im Studienjahr 1964/65 weitere Fortschritte gemacht, was sich in dem erhöhten Verantwortungsbewusstsein der Studenten für ihr Studium und in ihrer positiven Einstellung zu den Grundlagen der Politik von Partei und Regierung zeigt. Sie bejahen die Ideale des Sozialismus, und die meisten Studenten sind politischen Fragen gegenüber aufgeschlossen und interessiert.

Das läßt sich belegen durch:

- das selbständige politische Auftreten vieler Studentengruppen in den Orten des Ernteeinsatzes, wo sie wirksame Veranstaltungen zum 19. Jahrestag der Republik durchführten;
- die insgesamt erfolgreiche Leitung von Seminargruppen durch Studenten höherer Studienjahre im Ernteeinsatz;
- das gute Auftreten unserer FDJ-Delegation beim Deutschlandtreffen 1964 in Berlin;
- die wachsende Anzahl der Teilnehmer am wissenschaftlichen und kulturellen Studentenwettbewerb und das steigende Niveau der vorgelegten Arbeiten.

Diese erfolgreiche Entwicklung des ideologisch-politischen Bewußtseins der Studenten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Fortschritte im entscheidenden Punkt der sozialistischen Bewußtseinsbildung, nämlich beim Herausbilden fester politischer Überzeugungen und eines klaren Standpunktes noch unzureichend sind in bezug auf die Masse der Studierenden. Ein Teil der Studenten unterliegt Schwankungen in den Ansichten über den Klasseninhalt der nationalen Politik und die besondere Aggressivität und Gefährlichkeit des Bonner Imperialismus und Militarismus. Das äußert sich vor allem in einer bei der

mitten drin steht und dessen wichtigster Teil die revolutionären Umwälzungen in unserer DDR sind, die von Partei und Regierung erfolgreich gelenkt werden.

Auf die Bildung des Bewußtseins unserer Studenten nehmen zwar an der Universität die vielfältigsten Faktoren Einfluß, aber Lehrveranstaltungen und Arbeit des Jugendverbandes gehören zu den stärksten - zumindest sind sie jene, die von uns gelenkt und gesteuert werden können. Sie bieten zugleich die wirksamsten Möglichkeiten, das berechnete Informationsbedürfnis der studentischen Jugend so zu befriedigen, daß die westlichen Massenkommunikationsmittel Reis und Bedeutung als Informationsquellen verlieren. Erhalten unsere Studenten jedoch keine ausreichenden Antworten auf die sie interessierenden Fragen, so entstehen leicht Situationen, in denen falsche Meinungen und Auffassungen angenommen werden, die aus westlichen Quellen zu uns dringen.

Im Verlaufe des 4- bzw. 5jährigen Studiums ist durchaus eine charakterliche Festigung und wachsende politische Reife bei einem großen Teil der Studierenden zu verzeichnen. Eingehende Untersuchungen erbrachten dazu auch quantitative Hinweise. Für das 4. Studienjahr der Lehrerstudenten - also jene, die am 1. 9. 1965 ihren Dienst in der sozialistischen Schule aufgenommen haben - war bei ca. 15 % ein hoher Reifegrad des weltanschaulich-politischen Bewußtseins nachweisbar; dagegen müssen ca. 10 % als den Anforderungen noch nicht entsprechend angesehen werden, die an eine sozialistische Lehrkörperschlichkeit zu stellen sind. Zwischen diesen beiden Positionen liegt aber der hohe Prozentsatz von 75 %, bei denen wir zwar nicht sagen können, daß sie "schlecht" seien, von denen wir aber auch nicht das Gegenteil behaupten können. Sie bilden jenen Teil der Studenten, auf die das Erwähnte zutrifft, nämlich, daß sie zwar ein Studium an einer sozialistischen Universität absolviert haben, jedoch in ihren weltanschaulich-politischen Überzeugungen noch keinesfalls gefestigt sind. Da jedoch ein sehr großer Teil von ihnen

später im Berufseinsatz durchaus gute Leistungen und Einsatzbereitschaft im gesellschaftlichen Leben zeigt, muß es das Bestreben der Universität sein, den nachweislich schon während des Studiums vorhandenen Prozentsatz weltanschaulich-politisch gefestigter Studenten so zu erhöhen, daß der Anteil der politischen "Durchschnittsakademiker" immer kleiner wird. Dies würde allerdings einen noch wesentlich verstärkten erzieherischen Einfluß des Lehrkörpers bedingen.

Informationsbericht
zum 1.10.68

Vom 12. - 19.9.1968 fanden die Einführungsveranstaltungen in den Fakultäten und Fachrichtungen statt. Allgemein kann gesagt werden, daß sie gut vorbereitet wurden und gründlich ausgewertet worden sind.

In den Gruppen Biologie/Chemie, 1. und 2. Studienjahr, äußerten sich die Studenten positiv zur Entwicklung in der CSSR und verbanden ihre Diskussion mit konkreten Aufgabenstellungen der wissenschaftlich produktiven Tätigkeit im Marxismus-Leninismus. Gleiches kann für die Gruppen Mathematik/Physik und Mathematik/Geographie gesagt werden. Am Beispiel der konkreten Entwicklung in der CSSR wurden die Führungsrolle der Arbeiterklasse und das Stadium des Marxismus-Leninismus diskutiert, die allein die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers garantieren. Dabei nahmen die Studenten einen eindeutigen Klassenstandpunkt ein.

In den Gruppen Chemie/Mathematik wurden 2 Fragen gestellt:

- Kann es in Rumänien zu einer ähnlichen Entwicklung kommen?
- Warum studieren unsere Studenten an den Hochschulen und Universitäten in der CSSR nicht mehr weiter?

In Versammlungen der Freien Deutschen Jugend (Mathematik/Physik Lehrerstudenten, Geographie/Mathematik Lehrerstudenten) traten auch negative Bemerkungen auf. So äußerte ein Student des 1. Studienjahres Mathematik/Physik, daß unsere Studenten nicht das Recht besäßen, sich revolutionär zu nennen. Das dürften höchstens die Westberliner und die Studenten in der CSSR tun; und weiter - in westlichen Ländern gäbe es bezüglich der Reisemöglichkeiten mehr demokratische Rechte. Auch kann man bei uns nicht in jedem Falle seine Meinung in der Presse frei äußern. Weiter gab es Fragen zur Notwendigkeit des Einsatzes der Truppen, besonders der Truppen aus der DDR. Mit diesen Argumenten setzten sich Diskussionleitung und auch Teilnehmer der Versammlung auseinander, sie erläuterten die Rolle des

westdeutschen Imperialismus und den Inhalt der Globalstrategie. Die KPC hat wesentliche Momente der Führung der Massen außer Acht gelassen.

In der Fachrichtung Staatsbürgerkunde gab es eine eindeutige Stellungnahme und Zustimmung zu den Maßnahmen der Truppen der Warschauer Vertragspartner.

Die Abteilung Marxismus-Leninismus an der Medizinischen Fakultät berichtet uns, daß in einer Mitgliederversammlung die Genossen des 2. und 3. Studienjahres eine gewisse Ungeduld über die Dauer des Prozesses zur endgültigen Zerschlagung der Konterrevolution zeigen.

In den Seminaren der Einführungstage war eine starke Zurückhaltung und Passivität der Studenten zu erkennen. Es ging in der Diskussion um die Fragen nach dem Wesen der Konterrevolution und um Probleme der Information durch unsere Presse. In der Gruppe 3 des 2. Studienjahres wurde die Frage gestellt, ob der Aufruf der Kräfte, die die verbündeten Truppen gerufen haben, legal war. Weiter ging es um den Inhalt des Begriffes Souveränität. Die Seminarleiter haben folgende Probleme zur Klärung der aufgeworfenen Fragen in den Mittelpunkt gestellt:

- Die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse
- Das Wesen der Macht der Arbeiterklasse
- Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus und die Aufgaben der Hochschulreform.

In der Fachrichtung Mathematik-Diplom betonten Studenten, die unmittelbar vor dem 21.8.1968 als Touristen in der CSSR waren, daß die schleichende Konterrevolution unverkennbar war. Der Student Köhler äußerte, daß die KPC mit ihrer Politik nicht als Partei neuen Typus angesehen werden kann. Auch in dieser Fachrichtung muß die politisch-ideologische Tätigkeit weiter entfaltet werden, um evtl. noch nicht erkannten negativen Kräften keinen Platz einzuräumen.

In gleicher Weise wird die Lage im 1. Studienjahr der Chemie-Diplom-Studenten eingeschätzt.

In der Physik (1. Studienjahr) konnte festgestellt werden, daß die Hochschulreform in ihrer vollen Konsequenz noch nicht verstanden war. 4 Studenten äußerten:

- Der Wissenschaftler ist für die Anwendung seiner Forschungsergebnisse nicht verantwortlich zu machen.

- Wenn er aus humanistischer Grundhaltung heraus arbeitet, ist es gleichgültig, ob er in einem sozialistischen- oder imperialistischen Staat arbeitet.

- Es ist für den Wissenschaftler notwendiger, Forschungsergebnisse auf den Tisch zu legen, als staatspolitische Vorträge zu halten.

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß der Klasseninhalt der Hochschulreform nicht verstanden worden ist. Sicher haben diese Studenten auch die Geschehnisse in der CSSR, zu denen sie sich nicht äußerten, ebenso nicht verstanden. Selbstverständlich werden weitere Auseinandersetzungen mit ihnen geführt.

Der Einsatz und die gesamte Arbeit der Brigaden hat schwere ideologische Probleme bei den Teilnehmern hinterlassen. Nur einige Fakten aus dem Bericht: Arbeitszeit 12 Stunden täglich (einschließlich Sonnabend), keine Arbeitsschutzkleidung, Nahrungsmittel wurden teilweise auf den Feldern des Kolchos gestohlen, Fleisch war meistens nur nach Desinfektionsbedingung, Verdienst für 4 Wochen schwerste Arbeit 50 Rubel. Die FDJ-Studenten haben sich trotz allem gut geschlagen, sie sind aber zutiefst enttäuscht, zumal die Komsozleitung des Flugzeugbauinstituts vieles versprochen, aber fast nichts gehalten hatte. Die Brigaden setzten sich aus Studenten der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften und ABP zusammen. Besonders die ABP-Studenten sind durch diese Erlebnisse tief deprimiert, da sie ja schließlich zum großen Teil in der SU studieren werden. Die Probleme werden in den nächsten Wochen mit den Brigaden und uns diskutiert und geklärt werden.

Obwohl dieses Beispiel eine krasse Ausnahme ist, müssen wir auch in diesem Jahr feststellen, daß die Brigadeneinsätze in Woronezh und Charkow keine großen Erfolge waren, weil die Nichteinhaltung der Verträge (wenn auch nur in einigen Punkten) das positive Gesamtbild entscheidend beeinflussen können. Die Brigademitglieder sind einstimmig der Meinung, daß bestimmte Fehlen bei der nötigen und richtigen Vorbereitung seitens der verantwortlichen Komsozleitungen nicht vorkommen brauchen. Zum anderen gibt es während der Einsätze einen leitungsmäßigen Bruch zwischen den Komsozkomitees und den "Brigadestäben". Obwohl von Konzeptionellen her FDJ-Studentenbrigaden und Komsozbaubrigaden die gleiche politisch-erzieherische Zielstellung haben, steht dann beim Einsatz in der SU die reine Arbeitsleistung im Vordergrund (Prinzip: Erziehung durch Arbeit).

Wir sind der Auffassung, daß wir auch in Zukunft solche Probleme nicht über die jeweiligen Komsozleitungen vollständig klären können. Es sind in diesen Fragen Entscheidungen prinzipiellen Charakters erforderlich.

- Die Intelligenz müsse nun im Sozialismus zur Arbeiterklasse rechnen.
- Wer kann Mitglied der Partei werden? Warum gibt es eine Sperre zur Aufnahme von Angehörigen der Intelligenz? (Bereich Medizin, Einzelmeinung)

Kritik an sozialistischen Leitungs- und Informationsprinzip. Dabei zeigte sich auch eine pessimistische Grundhaltung zu unserer Wirtschaftspolitik. Einige Studenten, besonders in der Sektion Biowissenschaften 2. Studienjahr, verallgemeinerten kritikwürdige Einzelerkenntnisse und interpretierten sie als den Sozialismus wesentlichen.

Bereits aus der Aufzählung dieser Fragen, Argumente und Probleme geht hervor, daß die Studenten in aktiver politischer Auseinandersetzung stehen, sich in allen politischen Problemen und aktuellen geschichtlichen wissenschaftlichen und parteimäßige Antwort erarbeiten wollen, um größere Sicherheit in der verantwortungsbewußten und klärenden Argumentation zu erlangen. Es wird Ziel der weiteren Auswertungen sein, diesen Prozeß aktiv mit der marxistisch-leninistischen Ideologie zu durchdringen und die Studenten zu befähigen, ausgehend von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung im System zu denken.

- Auswertung des 16. Plenums

Wie bereits bei den Mitarbeitern eingeschätzt, fanden die Beschlüsse des 16. Plenums die volle und breite Zustimmung auch unter den Studenten. Die Argumentationen gingen in ähnliche Richtung, wobei jedoch die kühnsten Veränderungen mehr im Mittelpunkt standen als dies bei den Mitarbeitern der Fall war. Über die bereits fernschriftlich abgesetzte Sonderinformation hinaus kann eingeschätzt werden, daß die Veränderung verstanden und eingesehen wird. So brachten die Studenten des Bereiches 1. Studienjahr ihre Übereinstimmung zum Antrag des Gen. Walter Ulbricht zum Ausdruck, und seine Wahl als Vorsitzender der SED fand ihre Zustimmung. Die Studenten meinten dabei, daß es verständlich ist, daß Walter Ulbricht in diesem Alter die ganze Verantwortung dieser Funktionen nicht mehr tragen könne. Wir haben ihn immer sehr

bewundert, welche großen Leistungen er in diesem Alter noch vollbracht hat. Generell kann gesagt werden, daß die Beschlüsse begrüßt wurden und als völlig normal und selbstverständlich hingestellt werden. Die Erklärungen werden als plausibel eingesehen und die Einseitigkeit der Abstimmung wird als besonders positiv hervorgehoben. Von spekulativen Meinungsäußerungen bzw. Einfälle feindlicher Argumente ist kaum etwas bekannt geworden. Bis und wieder

Wie bereits im vergangenen Informationsbericht (S. 9) eingeschätzt, traten auch diesmal wieder vererbte Diskussionen zur Verleihung des Friedensnobelpreises für Bundeskanzler Brandt unter unseren Studenten auf. So wurde besonders in den Veranstaltungen des E/L-Grundlagenstudiums versucht, die positiven Argumentationen einzelner Studenten zu stützen und weiter auszubauen, um eine gemeinsame Argumentation zu entwickeln. Dabei zeigte es sich, daß ein Großteil unserer Studenten diese Verleihung klassenmäßig wertet und auch offensiv an die Auseinandersetzung herangeht. Jedoch versucht immer noch ein Teil der Studenten, Brandts Verdienste bei der Sicherung des Friedens in Europa darzustellen. So wird die These vertreten, daß die DDR doch Brandt vererbte unterstützen und loben solle, damit er als Sieger im nächsten Wahlkampf hervorgehe. Es wird gerade im Zusammenhang mit der Paraphierung der Verträge die Meinung vertreten, daß die Brandt'sche Außenpolitik für uns angenehm sein müsse, da die Politik der CDU/CSU für uns doch viel gefährlicher sein sollte. Trotz großer Fortschritte bei der Klärung dieser Frage kann von einem endgültigen Durchbruch noch nicht gesprochen werden. Bedenklich stimmt auch die Tatsache, daß eine Vielzahl der Studenten hierzu ihre Meinung nicht bzw. kaum äußert. Als Gegenmaßnahmen wurden Argumentationen erarbeitet, in denen die früheren Nobelpreisträger charakterisiert werden, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl konsequente Vertreter der imperialistischen Politik waren, z.B. Roosevelt, Wilson, Stresemann und Chamberlain. Dieser Ahnenreihe schließt Brandt sich würdig an, d.h. auch hier konnte das Klassenwesen des Friedensnobelpreises aufgedeckt werden.

- 8 -

Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß der wahre Friedenspreis der Leninpreis ist, und daß die Brandt'sche Regierung dem Wesen nach als Machtapparat der Monopole fungiert. Besonders von der Sektion E/L wird eingeschätzt, daß solche Argumentationen, auch die von der Sektion Phil/Gesch/Stabi erarbeitete Argumentation, mehr in der offensiven politischen Auseinandersetzung mit unseren Studenten herangesogen werden müssen, um den Klassencharakter dieses Friedensnobelpreises aufzudecken.

Wie bereits im Monatsbericht April eingeschätzt, werden lt. Maßnahmenplan des Sportrates der NLU weitere Veranstaltungen zur politisch-organisatorischen Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972 durchgeführt. Generell kann eingeschätzt werden, daß die Probleme der Olympischen Spiele auf Grund der Materialien des 5. Plenums und der Ratifizierungsverhandlungen noch nicht in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt sind. So sind neben den bereits berichteten Fragen und Argumenten folgende hinzugekommen:

- Olympische Spiele sind immer eine Schau, und es werden nationale Rivalitäten ausgetragen.
- Jeder Anrichter versucht, das vorherige Land in der Vorbereitung, Durchführung und Gestaltung zu übertreffen, so auch die BRD.
- Was ist vorgesehen, um einen größeren Teil vom Interessenten die Teilnahme als Zuschauer zu ermöglichen?

In den wenigen geführten Diskussionen zu diesem Problem wird deutlich, daß nicht in genügendem Maße unterschieden wird zwischen dem Charakter, den die Spiele tragen, wenn sie in einem sozialistischen oder kapitalistischen Land ausgetragen werden, sowie den Grad der Ausnutzung bei Ausrichtung der Olympischen Spiele für die Interessen der Monopole. In den Diskussionen wird immer wieder betont, daß es dringend notwendig ist, eine ruhige und gedeihliche Atmosphäre für den Ablauf der Veranstaltungen zu sichern. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, daß die Verträge zwischen der DDR und der BRD dazu beitragen werden.

Dagegenüber wurden mehrfach Bedenken hinsichtlich des ordnungsgemäßen Ablaufs der Spiele geäußert. So werden Beispiele von Sportveranstaltungen der letzten Zeit angeführt, wo Provokationen gegen die DDR-Sportler stattfanden, ohne daß entsprechende Stellen der BRD eingegriffen haben. Die tieferen Zusammenhänge dieser Vorgänge werden aber noch nicht in jedem Falle begriffen. Dabei hat sich die Überzeugung, daß die Olympischen Spiele 1972 ein Teil des Klassenkampfes sind zwischen den beiden Gesellschaftssystemen in der DDR und der BRD sind, bei einem Teil der Mitarbeiter noch nicht genug gefestigt. Wie bereits erwähnt, werden die geplanten Aktivitäten lt. Maßnahmenplan im gesamten Bereich der NLU durchgeführt. So führte die Sektion Sportwissenschaft nochmals mit den gesamten Angehörigen der Sektion ein Forum über die politische Bedeutung der Olympischen Spiele durch, wobei im Mittelpunkt der Diskussion das Amateurproblem stand und die Ausführungen des Gen. Alfred Hoyl anlässlich einer Veranstaltung der "Freiheit" große Beachtung fanden. Die Ausführungen über den Amateurparagrafen wurden grundsätzlich begrüßt. Offen blieben einige Detailfragen über die materielle Bevorzugung unserer Spitzensportler. Abschließend kann eingeschätzt werden, daß eine Reihe von zentralen Veranstaltungen noch aussteht, und die eingerichteten Konsultationsstützpunkte seitens der Sektion Sportwissenschaft zur Klärung offener Fragen beitragen werden.

Dem gegnerischen Zeitpunkt kann eingeschätzt werden, daß die politische Diskussion sowohl unter den Mitarbeitern als auch unter den Studenten über die Olymp. Spiele noch nicht im Mittelpunkt der Meinungsäußerung steht. Wie im Maßnahmenplan des Direktors zu politisch-ideolog. Vorbereitungen der Olymp. Spiele festgelegt, laufen an allen Sektionen und Bereichen Vortragsfolgen, die im Auftrage des Direktors von Sportrat der HDJ, sowie von der Sektion Sportwissenschaften in Zusammenarbeit mit der Sektion MI organisiert werden und es wird weiterhin Informationsmaterial ausgegeben sowie über die Universitätszeitung publiziert. Obwohl die Olymp. Spiele noch nicht im Mittelpunkt der Diskussionen stehen, wird gerade der vorbereitenden Argumentation eine große Bedeutung beigemessen, daß sich diese Situation naturgemäß sehr rasch ändern kann, und sicherlich auch wird. Wie bereits im vergangenen Informationsbericht hingewiesen, beschränken sich die Diskussionen im allgemeinen auf zwei Aspekte. Einerseits werden im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in der DDR Besorgnis über die ordnungsgemäße Durchführung der Spiele geäußert, die sich aus der jahrzehntelangen Propaganda gegen die DDR und die sozialistischen Länder ergeben und auf der anderen Seite dominieren sportliche Fragen.

Während einerseits die Leistungen der DDR-Sportler in einer Reihe von Sportarten die Erwartungen für München ständig nach oben steigen lassen, herrscht beispielsweise über das mögliche Abschneiden unserer Fußballer Skepsis bzw. beträchtliche Enttäuschung über die bisher gezeigten Leistungen, die mit der besonderen Förderung der Sportart der DDR nicht im Einklang zu bringen sind. Als oft angesprochene und oft unklare Fragen treten solche Probleme auf, wie Leistungsport und Amateurbestimmungen, die Verknüpfung der Tatsache, daß sich mit der Brandt'schen "Outpolitik" keine Veränderung der Zielstellung in der Sportpolitik ergibt, das Streben der DDR nach Medaillenintensiven Disziplinen, was eine gewisse Vernachlässigung des Volkssports bedeuten kann, sowie der Amateurstatus und seine ihm innewohnenden Interpretationen. In den Diskussionen kommen auch hin und wieder solche Argumente zum Vorschein, daß wir als kleines Land Förderung des Sports übertreiben und sportliche Leistungen durch staatliche Auszeichnungen oft besser honorieren als z. B. wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen.

Rege Diskussion löste die Bemerkung von Gen. Honecker zum Empfang von westlichen Massenmedien aus. Viele Angestellte interpretierten die Aussage so, daß die Bürger unseres Staates jetzt reif genug seien, solche Sendungen zu empfangen. Diese Meinung wurde in vielen Diskussionen korrigiert und größtenteils wurde richtigerweise die Position vertreten, daß Gen. Honecker mehr auf die technischen Möglichkeiten des Sehens bzw. Hörens westdeutscher Sender vorzuziehen hat, aber keinesfalls die Bürger der DDR dazu ermuntern ^{wollte}. Vereinzelt wurde aber auch die Auffassung vertreten, daß damit der Empfang westdeutscher Massenmedien legalisiert würde (Sektion Staats- u. Rechtswiss.).

-9-

8137

- 8 -

In den laufenden Lehrveranstaltungen wurde mit der Auswertung der Materialien des 9. Plenars des ZK der SED begonnen. Dabei zeigte sich erneut, daß ein großer Teil unserer Studenten sich nicht intensiv mit unserer Presse beschäftigt. Während sich z.B. die Mehrheit der Studenten des 3. Stdj. Pflanzenproduktion sowie der Delegierten zum Festival, die jetzt bzw. vorzeitig ihre Prüfungen ablegen, diese Materialien gut studiert haben, ist das in anderen Sektionen nicht immer der Fall. Von einigen Studenten 3. Stdj. Stabö-Lehrer wurde die Bemerkung im Bericht des Politbüros bezüglich der Fernsehmöglichkeiten als Freibrief für Westfernsehen gewertet. Die Studiengr. Deutsch/Französisch des 3. Stdj. versuchten dabei, das Westfernsehen mit einer angeblich nicht ausreichenden objektiven Berichterstattung durch die DDR-Massenmedien zu begründen (Einschätzung ML). In den

Dokument 15: IB Juli 1972 – Maßnahmenplan zur politisch-ideologischen Vorbereitung der Olympischen Spiele in München

Dokument 16: IB Juni 1973 – Honecker zum Empfang von westlichen Massenmedien

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG

Aus- und Weiterbildung

Martin-Luther-Universität, 06108 Halle

Generell: Fr. Scholz

Sicherheit und
Datenschutz

11.12.1974

Information über Disziplinarverfahren (polit. Fehlverhalten)

Insgesamt 11 (s. Information P 42 v. 17.8.1973)

davon im 2. Studienjahr 6 Studierende

1. M., M.	Feuertechnik	- Befehlsverweigerung während der militärischen Ausbildung
2. B., P.	Mathe/Phys.	- unerlaubtes Entfernen während der militärischen Ausbildung
3. M., H.	Physik	- Verhalten der Studentenbrigaden
4. M., H.	"	
5. P., P.	"	
6. B., M.	"	

davon im 3. Studienjahr 5 Studierende

1. M., R.	Pflanzenprof.	- Verstöße gegen Heimordnung (laute Radiomusik, westl. Sender, z.B. Hymne der BRD)
2. P., W.	"	
3. R., J.	"	
4. S., R.	"	
5. W., M.	"	

Dokument 17: IB August 1973 – Analyse der Disziplinarverfahren bei Studenten im Studienjahr 1972/73; schwer lesbarer Text:
 M. Befehlsverweigerung während der militärischen Ausbildung
 S. Unerlaubtes Entfernen während der militärischen Ausbildung...
 B. u. A. Verhalten während der Studentenbrigaden
 M. u. A. Verstöße gegen Heimordnung (laute Radiomusik, westl. Sender, z.B. Hymne der BRD)

Position	Insgesamt	Studienjahr						Fo-stud.	Aus-l.ldr.	Fern-Abend-Gast
		1.	2.	3.	4.	5.	6.			
4.3 Angestellte	3	1	1	1						
davon DStr.n.Pos.3.4	1			1						
4.4 Intelligem	7	4	1	2						
davon DStr.n.Pos.3.4	2	1	1							
4.5 sonstige	1			1						
davon DStr.n.Pos.3.4	1			1						
5. gelöschte DStr.										
6. Studenten, die nach ausgesprochenem zeitweiligen bzw. ständigen Ausschluss wieder zugelassen wurden										
7. Studenten, die anderweitige Erziehungsmaßnahmen erhielten										
7.1 Haftstrafe										
7.2 bedingte Haftstrafe										
7.3 Verurteilung auf Bewährung										
7.4 sonstige Maßnahmen										
8. Lehrlinge, junge Arbeiter u. Angestellte b. 25 Jahre										
die anderweitige Erziehungsmaßnahmen erhielten	Anzahl:	149								
8.1 Haftstrafe	Anzahl:							%-Satz:		
8.2 bedingte Haftstrafe										
8.3 Verurteilung auf Bewährung										
8.4 sonstige Maßnahmen										

Unterschrift des Rektors
 Bearbeiter:
 Bereich: Disziplin, E.P.W.
 Telefon-Nr.: 832.519

Stempel der Einrichtung

70

Formblatt zur periodischen Information P 42
(Analyse der Disziplinarverfahren bei Studenten
im Studienjahr 1972/73)
Termin im MRP: 20.8.1973 Vertraulichkeitsgrad: VD

Position	Ins- ge- samt	Studienjahr					Fo- stud.lär.	Aus- lär.	Fern- Aben Gast	
		1.	2.	3.	4.	5.				
0. Anzahl der Studenten	1.461	1.701	1.672	1.547	1.497	266	17	300	242	789
1. Durchgeführte Disziplinarverfahren (DV)	26	1	11	1	6	-	-	-	-	-
1.1 Verhältnis von DV:Stud.	0,46%	0,05%	0,65%	0,06%	0,40%	-	-	-	-	-
2. Gründe für die DV: *										
2.1 politisches Fehlverhalten	11		6	5						
2.2 kriminelle Delikte	3	1	2							
2.3 mangelnde Studiendisziplin	9		3	2	4					
2.4 moralisches Fehlverh.	3			1	2					
2.5 sonstige Gründe										
3. Ausgesprochene Disziplinarstrafen (DStr.):										
3.1 Verwarnung	1		1							
3.2 Verweis	2		2							
3.3 strenger Verweis mit d. Androhung d. Verweisg.	13		4	1	1					
3.4 zeitweiliger Ausschluss	10	1	4		5					
3.5 ständiger Ausschluss	-									
4. Soziale Herkunft der betroffenen Studenten										
4.1 Arbeiter	13		6	4	3					
davon DStr n. Pos. 3.4	6		3		3					
4.2 Genossenschaftsbauern	2			2						
davon DStr. n. Pos. 3.4	-			-						

*, bitte siehe Anlage

- 4 -

69

der Zahl der im Ergebnis von Disziplinarverfahren zeitweilig aus dem Studium Ausgeschlossenen 60 % Arbeiter- und Bauernkinder. Setzt man diese Werte zu den in der Studienform 11 studierenden 53,8 % Arbeiter- und Bauernkinder ins Verhältnis, zeigt sich ein negatives Bild.

Die Tätigkeit der Disziplinarkommission vollzieht sich nach den Festlegungen der Disziplinarordnung in enger Zusammenarbeit mit dem Direktorat Erziehung, Aus- und Weiterbildung. Es soll an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Disziplinarordnung in einigen Passagen der Überarbeitung bedarf, da sie der Entwicklung unseres Hochschulwesens der letzten Jahre nicht mehr entspricht. Sie müßte darüber hinaus nach unserem Dafürhalten auch Festlegungen zur materiellen Verantwortlichkeit der Studierenden enthalten.

Jackstel
Doz. Dr. K. Jackstel

Verteiler:

- 1 x Ifo-Beauftragter
- 1 x Vorsitzender der Disziplinarkommission (nur-Statistik)
- 1 x z. d. A.

Im naturwissenschaftlichen Bereich der Lehrerbildung, insbesondere Sektion Polytechnik, wurde von mehreren Studenten die Auffassung vertreten, wenn die UdSSR den Arabern Waffen liefern, müssen auch die USA an Israel Waffen liefern, da sonst die Existenz des Staates Israel in Frage gestellt wird. Charakteristisch ist, daß die Überwiegende Mehrzahl unserer Studenten die Frage danach, wer der Aggressor sei, identifiziert hat mit der Frage, wer den ersten Schuß abgegeben habe. Das heißt, sie haben das Wesen der Aggression noch nicht richtig erfaßt.

Im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich der Lehrerbildung 4. Studienjahr, bei den Fernstudenten und an der Sektion Pflanzenproduktion gab es z.B. nicht selten die Auffassung, daß der Nahost-Konflikt am besten zu lösen sei mit militärischen Mitteln, wobei vereinzelt sogar die Meinung dahin ging, den Staat Israel zu liquidieren.

In der Sektion Polytechnik dagegen wurde von den Studenten die Befürchtung geäußert, daß die Araber den Staat Israel liquidieren könnten. Diese Auffassung wurde auch in einigen anderen Bereichen, wenn auch nicht in dieser Intensität, zum Ausdruck gebracht.

Von Studenten des 1. Studienjahres der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften wurde gefragt, ob die Lieferung moderner Waffen der Sowjetunion an die arabischen Staaten nicht eine Preisgabe von Geheimnissen und eine Schwäche der Verteidigungskraft der sozialistischen Staatengemeinschaft sei, denn diese Waffen könnten doch in die Hände des imperialistischen Gegners fallen, weil die arabischen Staaten es nicht verstünden, ihre Überlegenheit gegenüber Israel auch durch entsprechende Erfolge zu dokumentieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion der Probleme der Entwicklungen im Nahen Osten zeigte sich auch, daß es Unklarheiten

2372

BU 1/4 - 11/73

- 8 -

Über das Wesen und die Rolle des Zionismus sowie über den Staat Israel selbst gibt. Der größte Teil unserer Studenten war nicht in der Lage, nachzuweisen, daß der Staat Israel die Speerspitze des USA-Imperialismus und der mit ihm verbündeten imperialistischen Staaten gegen die arabische Befreiungsbewegung im Nahen Osten ist.

In mehreren Bereichen wurde von Studenten auch die Auffassung vertreten, daß die Juden sich durch einen besonderen Zusammenhalt in der Welt auszeichnen würden. Das wurde versucht zu beweisen durch die Tatsache der Auswanderung von Juden aus den verschiedensten Ländern, so z.B. auch aus der Sowjetunion. Dabei ist charakteristisch, daß das antikomunistische Wesen, der antikomunistische Inhalt der Zionistenbewegung eben in dieser Auswanderungsbewegung nicht erkannt wurde. Diese Fragen spielten insbesondere im 4. Studienjahr des Bereiches Medizin und des gesellschaftswissenschaftlichen Bereiches der Lehrerbildung, vor allen Dingen des Bereiches Germanistik/Kunst eine bedeutende Rolle."

Mit großer Aufmerksamkeit wurde weiterhin die Krisensituation in den kapitalistischen Staaten der Welt und deren Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse, wie sie sich in der Anordnung über Kurzarbeit in England, Zwangsurlaub, der Verschärfung der Lohnkämpfe in diesen Staaten und in anderen Erscheinungen zeigen, verfolgt. Dieses Ansteigen der Streikaktionen wird richtig als Folgeerscheinung der sich weiter verschärfenden deutlicher zutage tretenden allgemeinen Krise des Kapitalismus gewertet und als Ausdruck der Unfähigkeit des Systems angesehen, den arbeitenden Menschen Wohlstand und soziale Sicherheit zu garantieren. In diesem Zusammenhang wurde mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß diese Hilflosigkeit der Regierungen gegenüber diesen Vorgängen im kapitalistischen System auch die Gefahr der Errichtung von Militärdiktaturen heraufbeschwöre, wobei besonders auf die reaktionären Umtriebe in Italien hingewiesen wurde (Sektion Polytechnik).

In den Diskussionen wird hervorgehoben, daß die Verschärfung der Krise erneut die politischen und vor allem die ökonomischen Grenzen der Entwicklung der kapitalistischen Länder aufzeigt, wobei die Hintergründe der Energie- und Währungs- und Inflationen dabei erkannt werden. Es besteht Übereinstimmung darin, daß die Ursachen dieser Krisenerscheinungen durch die immer stärker werdenden Profitinteressen der Monopole hervorgerufen werden, wobei wieder darauf verwiesen wird, daß immer größere Lasten auf die Werktätigen abgewälzt werden. Immer wieder wird dabei diesen Verfallsymptomen die kontinuierliche und krisenfreie

Dokument 19: IB Februar 1974 – Krisensituation in den kapitalistischen Staaten und Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern

Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft mit gewissem Stolz gegenübergestellt (Sektion Pflanzenproduktion).

Im Zusammenhang mit der sogenannten Ölkrise gab es unterschiedliche Meinungen, ob sich der höhere Weltmarktpreis allmählich auch auf den Preis des in den sozialistischen Ländern geförderten Erdöls innerhalb des sozialistischen Weltsystems auswirken wird. Die Erklärung der UdSSR fand in dieser Hinsicht große Beachtung, dennoch erhoben sich Zweifel, ob dieser alte Preis auf die Dauer beibehalten werden kann. Des Weiteren wurde auch die Frage aufgeworfen, inwieweit wir bei unserem Außenhandel der Verteuerung im NSW (im engen Zusammenhang mit der Erhöhung einiger Rohstoff-erzeugerpreise auf den Weltmarkt und des Imports dieser Produkte durch die DDR) begegnen, bzw. ob es zu Verteuerungen, zur Heraufsetzung der Preise für exportierte Waren kommen kann, die der Verbraucher dann zu tragen hat (Sektion Orient- u. Altertumswiss.).

Im Rahmen des FDJ-Studienjahres werden verstärkt Probleme der sozialistischen Integration diskutiert und in diesem Zusammenhang trat im 2. Studienjahr Mathematik/Physik dabei die Frage auf, ob bei der erstrebten Angleichung des Wirtschaftsniveaus und des Lebensstandards der Mitgliedsstaaten des RGW nicht die Entwicklung der DDR zeitweilig stagnieren müsse bzw. wie diese Angleichung funktionieren soll? In diesem Zusammenhang vertraten Fernstudenten der Sektion Wirtschaftswissenschaften die Auffassung, daß die DDR in einzelnen Zweigen mehr geben müsse als die anderen Mitgliedsstaaten des RGW.

Bei der Diskussion um diese Probleme wurden auch die Maßnahmen der VRP und VRS kritisch betrachtet und darüber diskutiert, ob die Stabilität der Verbraucherpreise bestimmter Erzeugnisse in der DDR erhalten werden kann, wobei bei der Erhöhung der Benzin- und Alkoholpreise die Frage gestellt wurde, ob es sich dabei um eine Preissteigerung handelt oder nur um eine Preisverschiebung, ähnlich wie vor Jahren in der DDR. Insbesondere in bezug auf die VRP wurde dabei nicht der Zusammenhang gesehen zwischen der umfangreichen Preisenkung für eine Vielzahl von Massenbedarfsgütern und anderer sozialer Unterstützungen seitens der Regierung (Sektion Chemie).

Im 1. Studienjahr Medizin und 2. Studienjahr WiWi wurde in einigen Seminarsgruppen über die Vereinbarung der UdSSR zur Lieferung von

Erdöl an die BRD und andere westeuropäische kapitalistische Länder diskutiert und die Frage aufgeworfen, ob dieser Schritt nicht eine Verletzung des proletarischen Internationalismus sei oder zumindest gegen die arabischen Staaten sich richtet. Dabei wurde die Meinung vertreten, wenn diese Ölkrise aufgebauscht sei, wäre der Einsatz des Erdöls als politische Waffe seitens der arabischen Staaten nur wenig effektiv. Bei den eventuellen Auswirkungen auf die DDR wird besonders von den Studenten erklärt, daß sie von Verwandten und Bekannten wüßten, daß die BRD an unsere Chemiebetriebe keine Zusatz- bzw. Zuschlagstoffe mehr liefere oder nur zu stark überhöhten Preisen. Gleichzeitig wird dabei heftig diskutiert, daß der Koksbedarf der Bevölkerung für 1974 gedrosselt würde, was bei Anmeldungen der Haushaltsversorgung zum Ausdruck kam.

In den Lehrveranstaltungen zum 'Wissenschaftlichen Kommunismus', wo die Studenten zwar die Widersprüche des Kapitalismus der Gegenwart erkennen und theoretisch begreifen, daß der Imperialismus der Vorabend der proletarischen Revolution ist, wird deutlich, daß ihnen das Erkennen der konkreten Wege zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Deshalb wird von ihnen vielfach auch die Notwendigkeit der Schaffung einer antimonopolistischen Einheitsfront der Werktätigen, eine antimonopolistische Demokratie nicht tiefgründig genug begriffen (Einschätzung M/L).

Zu mehreren Debatten führte der Standpunkt des Generalsekretärs IKP, wonach es keine führende Partei und keinen führenden Staat der Bewegung für den Sozialismus in der ganzen Welt gibt und geben kann. Dabei verstanden es Mitarbeiter wie Studenten, die objektive vorhandene Führungsrolle der KPdSU und der Sowjetunion überzeugend zu begründen. Weitgehend auf Unverständnis stießen die Auffassungen, wonach die kommunistischen und Arbeiterparteien kein gemeinsames Dokument brauchen und nur Zusammenkommen sollten, um den Meinungsaustausch zu führen. Die verhältnismäßig häufige Diskussion dieser Probleme und Fragen wie das Festhalten an proletarischem Internationalismus oder der Verzicht der französischen Kommunisten auf den Begriff "Diktatur des Proletariats" bestätigte die Beobachtung, daß die Beiträge der genannten und der westeuropäischen Parteien teilweise aufmerksamer als das Dokument der Konferenz selbst studiert wurden. (z.B. Sektionen Polytechnik, Pharmazie, Theologie)

Nicht selten wurde der Ausgang der Wahlen in Portugal und Italien diese Diskussion einbezogen. Während das Ergebnis für die KPP als etwas enttäuschend erschien, sahen manche darin die Politik der KP bestätigt. In diesem Zusammenhang gab es z. B. unter den Studenten der Sektion Staats- u. Rechtswiss. Auseinandersetzungen über den "friedlichen Weg zum Sozialismus". Nicht nur dort wurde anstelle der friedlichen Form des Überganges zum Sozialismus fälschlicherweise ein parlamentarischer Weg gesetzt. Das zeigt, wie wichtig die Kenntnis der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie ist.

Das Wahlergebnis an der Universität wurde als ein Ausdruck für das gewachsene Demokratieverständnis der Studenten gewertet. Bei einer Wahlbeteiligung von über 99 % gab es 21 Gegenstimmen. Mit denjenigen Studenten, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten, finden in den Sektionen Aussprachen statt. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Sektion Theologie. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden demnächst Gegenstand einer Beratung beim 1. Prorektor sein.

Die Übergroße Mehrheit unserer Studenten erfüllte mit ihrer Beteiligung und der frühzeitigen Stimmabgabe die in sie gesetzten Erwartungen. Die große Einsatzbereitschaft vieler Mitarbeiter im Rahmen der Universität und ebenso in den Wohngebieten erfuhr eine breite Würdigung. Für die ideologische und organisatorische Arbeit wurden mehrere Schlußfolgerungen gezogen. So wollen z.B. die Mitarbeiter der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie künftig noch mehr im Territorium wirken.

Nach dem Wahltag traten vereinzelt folgende Fragen auf:

- Was sind ungültige Stimmen?
- Wie erklärt sich das im Vergleich zur übrigen Republik auffallend schlechtere Wahlergebnis in der Hauptstadt der DDR?
- Ist es nicht jedem Bürger selbst überlassen, ob er zur Wahl geht oder nicht?

In den Sektionen Chemie und Pharmazie hatten sich die Lehrkräfte des 1. Grundstudiums mit Auffassungen auseinandersetzen, wie "Das war keine Wahl, weil man keine Kandidaten streichen konnte" oder "Die Politik der NKP wird von der Mehrheit des Volkes der BRD nicht ernst genommen". Das zeigt, daß nach wie vor eine intensive politische Erziehungsarbeit zu leisten ist.

Sondererorts sprechen zum Beispiel die vorliegenden Äußerungen zu den Wahlen in den USA für die politische Reife der Universitätsangehörigen. Sie messen diesen keine besondere Bedeutung

zu, weil beide rivalisierende Parteien die Interessen des amerikanischen Monopolkapitalismus vertreten würden. In der niedrigen Wahlbeteiligung sehen sie ein Zeichen des Unbehagens und des Mißtrauens der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gegenüber der durch zahlreiche negative Züge gekennzeichneten Politik.

Mit besonderer Genugtuung wurde wieder aufgenommen, daß der eingeschlagene Weg, die Volkswirtschaft zu entwickeln und damit ein umfassendes sozialistisches Programm zu verwirklichen, trotz gewisser Auswirkungen der kapitalistischen Krise unbeirrt fortgesetzt wird. Die beschlossenen Maßnahmen finden durchweg Anerkennung, nicht aber das Verständnis aller Mitarbeiter, wenn in Bereichen wie Volkshochbildung oder medizinische Betreuung Belastungen auftreten, die durch Intensivierung schwer auszugleichen sind.

In der Sektion Polytechnik erhob eine Seminargruppe die Frage, warum es in einigen Wirtschaftszweigen nicht besser gelingt, marktgerecht zu produzieren. Könnte unsere Bekleidungsindustrie nicht schneller auf den modischen Trend reagieren? (Sektion Pflanzenproduktion). Die erstgenannte Sektion stellt auch in Zweifel, daß unsere Planung den Anforderungen gerecht wird, wenn für Maschinen, Meßgeräte usw., die zur Rationalisierung, Forschung und Lehre gebracht werden, Lieferzeiten von 8 Jahren bestehen.

Wie diese und andere Beispiele zeigen, gibt es Ungeduld mit der Entwicklung des realen Sozialismus, wobei die Ursachen der Ärgernisse häufig auf den Bewußtseinsstand seiner Erbauer selbst zurückgeführt werden. In der Sek-

auch die Grundlagenforschung, im erforderlichen Maße vorangetrieben werden soll.

Die Gespräche und Aktivitäten zur Erhöhung der Effektivität unserer Volkswirtschaft wurden nach wie vor stark von der Rede des Genossen E. Honecker in Dresden bestimmt. Die Sektion Wirtschaftswissenschaften schätzt z.B. ein, daß mit der Offenheit der Darlegung ökonomischer Probleme das Verständnis hierfür gewachsen ist, Besorgnispositionen zurückgegangen sind und die Einsicht für die Nutzung aller vorhandenen Möglichkeiten im Sinne unserer gesellschaftlichen Entwicklung dominiert. Trotzdem erregte die Mitteilung über den Import von 10 000 PKW aus der BRD erhebliches Aufsehen. Neben der Ansicht, daß diese Maßnahme die Entspannung materiell sichern hilft und dem Prinzip entspricht, Handel zum gegenseitigen Vorteil zu treiben, gibt es noch ungenügende Kenntnis über das Wesen eines Kompensationsgeschäftes. Diese äußert sich in der Frage, ob es angesichts unserer angespannten Devisenlage zweckmäßig ist, gerade PKW aus der BRD einzuführen (z.B. Sektion Erziehungswissenschaften).

Es gibt aber auch noch kritische Meinungsäußerungen zur stabilen und bedarfsgerechten Versorgung und zur Preispolitik. So diskutierten einzelne Studentengruppen der Sektion Mathematik über "steigende" Preise in der DDR, wobei um die Klärung der Fragen aufrichtig gerungen wurde. Im ORZ fand die Aussage, daß es bei uns keine Preissteigerung gibt, nicht ungeteilte Zustimmung, weil beispielsweise bei Porzellan und Kristall die Preise jetzt höher seien. Dagegen wurden auch hier die Leistungen unseres Staates zur Subventionierung niedriger Preise bei Lebensmitteln, niedriger Mieten und Tarife hoch anerkannt.

Studenten z.B. der Sektion Pflanzenproduktion fragten erneut, ob durch die Intershopsläden nicht soziale Ungerechtigkeit erzeugt würde. Im zunehmenden Maße kommen auch die Preise in den Exquisit- und Feinkostläden in das Gespräch, die es nicht jedem erlaubten, dort einzukaufen. Es erscheint erforderlich, häufiger und offener das Wesen der sozialen Gerechtigkeit im Sozialismus zu bestimmen und auf die realen Leistungen hinzuweisen, die erreicht worden sind.

Vereinzelte gibt es Bedenken darüber, daß zum Aufbau des Exquisithandels vorhandene Geschäfte genutzt werden und das Niveau des normalen Angebots nachlassen könnte. So wurde z.B. im ORZ die

2. Zur Entwicklung in der VR Polen

Der Einfluß imperialistischer Geheimdienste und der westliche Massenmedien auf den Fortgang der Ereignisse im polnischen Nachbarland wird immer offensichtlicher. Die Mehrzahl der Mitarbeiter und

- 3 -

Studenten ist in der Lage, auch daran die zunehmende Aggressivität des Imperialismus zu entlarven. Die Meinungen dazu fußen fast ausschließlich auf den Berichten der Publikationsorgane der DDR sowie auf den zahlreichen Begegnungen mit polnischen Fachkollegen. Einhellig kommt Besorgnis über eine konterrevolutionäre Richtung in der Entwicklung und über die fehlende einheitliche Aktionsbereitschaft und Fähigkeit der PVAP zur Veränderung der Situation zum Ausdruck.

An den gegenwärtig stattfindenden Parteitag werden unterschiedliche Erwartungen geknüpft. Sie reichen vom Zweifel an der Fähigkeit der Partei, eine grundlegende Wende herbeizuführen bis zur Sammlung aller sozialistischen und patriotischen Kräfte zur Verteidigung der Volksmacht. Über die Art seiner Vorbereitung besteht jedenfalls allgemeines Unbehagen, weil sie eine Forcierung der klassenverbundenen Kräfte nicht erkennen läßt. So vermittelt nach wie vor der Brief der KPdSU an die PVAP die richtige Orientierung und die Grundüberzeugung, daß es dem Imperialismus nicht gelingen wird, das Land vom sozialistischen Lager abzuspalten.

Aus den Struktureinheiten kommen gehäuft Meldungen über Schwierigkeiten in der Kontaktaufnahme zu bestimmten Wissenschaftlern, über teilweise Isolierung während eines Studienaufenthaltes (Sektion Staats- u. Rechtswissenschaften) sowie über den Ausfall von Austauschpraktika (Sektion Geographie) und Studentenbrigaden (Sektion Polytechnik). Nach Erfahrungen der Sektion Geographie ist die "Solidarosz" an der Universität Gdansk die bestimmende Kraft geworden; ein sinkendes Interesse an der Zusammenarbeit mit der DDR wäre dort nicht mehr zu übersehen. Ungeachtet dessen werden durch unsere Einrichtung die bestehenden Kontakte zur VR Polen mit der gebührenden Wachsamkeit weitergeführt.

Dokument 23: Zsf. Nov./Dez. 1977 – Preispolitik und sozialistischer Wettbewerb (Versorgung, Intershops und Exquisitläden)

Dokument 24: IB Juli 1981 – Besorgnis wg. konterrevolutionärer Entwicklung in Polen

1.2. Das von der Volkskammer verabschiedete Grenzgesetz und mehr noch das Wehrdienstgesetz fand bei Mitarbeitern wie Studenten breite Beachtung. Der staatlichen Leitung, der Universitätsparteileitung sowie den Leitungen der Massenorganisationen gingen dazu eine Vielzahl persönlicher und kollektiver Stellungnahmen zu.

Beide werden als folgerichtige Maßnahmen unseres souveränen Staates betrachtet, als fester, zuverlässiger Bündnispartner der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer seine Bürger und ihre sozialistischen Errungenschaften zuverlässig zu schützen". (Sektion Biowissenschaften)

In der Sektion Erziehungswissenschaften waren wie auch anderwärts dazu folgende Meinungen vorherrschend:

- Der Dienst in der NVA ist für jeden wehrdiensttauglichen Bürger der DDR Ehrenpflicht und durch keinen anderen "Friedensdienst" zu ersetzen.
- Die Neuregelung des Reservistendienstes ist eine objektive Notwendigkeit, die mit den kommenden geburtenschwachen Jahrgängen in Zusammenhang steht.
- Um die moderne Waffentechnik voll einsatzfähig halten zu können, braucht eine moderne Armee längerdienende Soldat. U.a. müssen besonders die Lehrerstudenten später eine militärische Ausbildung absolvieren und somit für militärische Berufe werben.

Im Lehrkörper wurden die sich aus diesen Gesetzen ergebenden militärpolitischen Fragen und ihre Einbindung in die Lehrveranstaltungen beraten. So will die Sektion Geographie die Ergebnisse dieser Diskussion zu einer Gesamtkonzeption der militärischen Zivilschutzsusbildung zusammenfassen.

Diskutiert und weitgehend abgeklärt wurden Einwände wie - Gesetze kamen überraschend und ohne vorherige Aussprachen unter der Bevölkerung.

- In der NVA müßten andere Methoden gefunden werden, damit die Dienstzeit als Ehrenpflicht gilt und es zu mehr Verpflichtungen auf 3 Jahre kommt.
- Unterricht in Wehrziehung sei sehr verbesserungsbedürftig.
- Heraufsetzung der Dienstzeit sei eine Härte für Familienväter, für 50 jährige Frauen sei es eine Zumutung (Bereich Medizin)

In die Erörterung der in Rede stehenden Gesetze wurden selbstverständlich die erneuten Friedensvorschläge der Sowjetunion einbezogen.

Die Universitätsangehörigen unterstützten diese mit Nachdruck, weil sie der vom Imperialismus ausgehenden Kriegsgefahr wirksam begegnen. Die Hochrüstungspolitik der USA wird einstimmig verurteilt, kommt aber das Gespräch auf die Frage, was jeder einzelne zur Erhaltung des Friedens beitragen kann, sind die Meinungen schon etwas differenzierter. "Daß der persönliche Anteil durch gute Arbeitsleistungen, volle Auslastung der Arbeitszeit, sparsamen Umgang mit Chemikalien und Energie usw. erbracht werden kann, weil dadurch die DDR und damit der Sozialismus gestärkt, muß immer wieder verdeutlicht werden". (Sektion Chemie)

Ungeachtet dessen läßt sich feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Angehörigen unserer Lehr- und Forschungsstätte die Notwendigkeit beider Gesetze zur Verteidigung des Sozialismus in unserem Lande erkennt.

Es ist aber die Einsicht zu vertiefen, daß die völkerrechtliche Sanktionierung eines hart erkämpften und fundamentalen Rechts der Arbeiterklasse auf Schutz und Verteidigung ihrer Errungenschaften darstellen.

Als ein weiterer Schwerpunkt der aktuellen politischen Diskussion ist die Entwicklung unserer Republik unter den Bedingungen eines Wirtschaftskrieges seitens der imperialistischen Staaten zu nennen. Wie in den Lehrgruppen der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaften oder in der monatlichen Informationsversammlungen der ULB wurde - getragen von den Grundorganisationen der SED - im großen Maßstab die gegenwärtige ökonomische Situation nach der 3. und 4. Tagung des ZK meist offensiv dargelegt. Ausgehend von der guten Planerfüllung kamen dabei die vor unserer Volkswirtschaft stehenden Probleme zur Sprache, wie sie durch Boykottmaßnahmen der USA-Regierung, durch Hochzinspolitik, Kreditverweigerungen usw. aber auch durch den extremen Witterungsverlauf vor unserer Volkswirtschaft stehen.

Dennoch traten unter Arbeitern und technischen Angestellten mehr als unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern teils recht heftige Debatten über die Versorgung vor allem bei Butter, Fleisch und Speiseöl, aber auch mit Kondensmilch und Farben auf. Hierbei entstandene Lücken ließen sich zunehmend besser erklären, das längere Fehlen von Dauerbackwaren und einigem anderen aber nicht. Mitarbeiter im ORZ brachten aus Verkaufseinrichtungen mehrerer Stadtgebiete die Nachricht mit, daß die Belieferung mit Lebensmitteln im gleichen Umfang wie früher erfolge, der Einkauf größerer Mengen bestimmter Sortimente jedoch zeitweise eine Verknappung verursache. Dabei wären es nicht einmal so sehr die ausgesprochenen Hamstereinkäufe, die die reibungslose Versorgung störten, sondern vielmehr nicht so deutlich erkennbare Mehreinkäufe wie 2 kg Zucker statt normalerweise 1 kg.

Gegen verantwortungslose Hamstereinkäufe werden wirksame Maßnahmen gefordert. Es besteht aber auch die Ansicht, daß es der Handel noch nicht verstanden hat, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Mangelhafte Organisation offenbaren sich bei einer angespannten Lage eher als in Zeiten reichlichen Angebotes. In der Sektion Wirtschaftswissenschaften wurde mit konkreten Beispielen belegt, daß in Halle und Umgebung Waren nicht zu erhalten waren, die an anderen Orten durchaus zur Verfügung standen. Durch mangelhafte Streuung und unkontinuierliche Anlieferung wurde der Drang ge-

Dokument 26: Zsf. Sep./Okt. 1982 - Versorgungsschwierigkeiten u. Hamstereinkäufe. DDR-Wirtschaft unter Bedingungen eines „Wirtschaftskrieges“

Ein bemerkenswertes Aufsehen erregte die Manifestation der FDJ im Palais der Republik. In diesem Engagement bekannter Künstler für den Frieden der Welt wurde letzten Endes auch der etwas unstrittene Auftritt eines Lindenberg aus der BRD eingeordnet. Die Meinungsskala reicht aber von der völligen Ablehnung dieses Rocksängers bis hin zu der Auffassung, daß über ihn bestimmte Bevölkerungskreise gegen die NATO-Raketen mobilisiert würden.

In der Seminargruppe Engl./Ru. IIIa der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaften stellte eine Studentin provokativ die Frage, ob es in der DDR Ublich sei, daß Bürger, die sich von seiten der Kirche in der Friedensbewegung engagieren, deswegen verhaftet werden. Ein von ihr genanntes Beispiel konnte sie jedoch nicht belegen. Bestimmte Aktivitäten von Theologiestudenten mahnen, nicht zuzulassen, daß unter dem Deckmantel christlichen Glaubens die verfassungsmäßige Ordnung der DDR angetastet und das klare Verhältnis zwischen Kirche und Staat gestört wird.

4. Zustimmung zur Mitteilung des Nationalen Verteidigungsrates

Zur Mitteilung des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR, des Nationalen Verteidigungsrates der DDR und der Erklärung der Regierung der CSSR gingen dem Rektor, der Partei- und Gewerkschaftsleitung der MLU, von Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Angestellten weit über 100 schriftliche Stellungnahmen zu, worin sie ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten und meist auch begründeten. Sie bekundeten in weiteren z. T. spontanen Äußerungen ihr volles Verständnis für den Beginn der Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung von Raketenkomplexen operativ-taktischer Bestimmung und betonten dabei gleichzeitig die Feststellung, daß diese Maßnahmen keine Abkehr von der Entspannungspolitik bedeuten. Aus der Grundüberzeugung von der Einheit von Sozialismus und Frieden wurde die Sicherung der militärischen Parität als wichtige Garantie für den Fortbestand der Zivilisation abgeleitet.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Beschlusses fanden sich Interessenvertreter der Mitarbeiter und Studenten zu einem Meeting in der Aula zusammen. Hier kamen mehrere Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Universitätsangehörigen zu Wort und gaben in eindrucksvoller Weise ihre Stellung zu den Vorbereitungsarbeiten öffentlich kund. Die zahlreichen Teilnehmer verabschiedeten eine Willenserklärung, die durch die Unterschriften der staatlichen Leiter, der Sekretäre und Grundorganisation der Partei und des Jugendverbandes sowie der BGL-Vorsitzenden noch bekräftigt wurde.

Es gab natürlich auch Resignation darüber, daß die machtvollen Friedensaktionen in aller Welt keine Wirkungen hatten. Vereinzelt

Dokument 27: IB November 1983 - Kirche u. Friedensbewegung. Raketenstationierung in der DDR

Folgende ideologische Probleme traten in allen Sektionen bei größeren Gruppen von Studenten auf:

- Wie sollen wir Studenten den Frieden sichern?
- Ist es dem sozialistischen Lager möglich, das militärstrategische Gleichgewicht auf jedem Niveau zu sichern?
- Einen Atomkrieg wollen ernsthaft auch die Imperialisten nicht, weil sie sicher wissen, daß sie selbst darin umkämen.
- Sollten wir nicht unsere Stärke mehr in die Waagschale werfen, um die Reagan-Administration zu Verhandlungsergebnissen zu drängen?
- Warum realisieren wir zur Durchsetzung der Koalition der Vernunft nicht mehr "Kontakte der einfachen Menschen"?
- Welche Triebkräfte haben wir, um die Arbeitsproduktivität entscheidend zu steigern?
- Warum wurde in der DDR erst verhältnismäßig spät die Mikroelektronik entwickelt?
- Wie können wir die Ergebnisse von Wissenschaft und Technik schneller und umfassender wirksam machen?

Außerdem wurde behauptet, daß die gegenwärtige Preispolitik zu privilegierten Schichten führe, ein Teil unserer Waren im Export unter Wert verkauft würde und im Zusammenhang mit dem Umweltschutz u. a. gefragt, wann es in der DDR bleifreies Benzin gäbe.

Durch die Veranstaltungen der 1. Studienwoche sahen sich zahlreiche Angehörige des Lehrkörpers veranlaßt, die aktuellen innen- und außenpolitischen Probleme aufzubereiten und vor ihren Studenten dazu Stellung zu beziehen. Aus dem vertrauensvoll geführtem Gespräch sind differenziert Schwerpunkte für den Erziehungsprozeß im neuen Studienjahr abzuleiten.

3. Zu den innenpolitischen Aufgabenstellungen der KPdSU

Vielen Angehörigen unserer Lehr- und Bildungseinkette hatte Gen. Honecker offenbar aus dem Herzen gesprochen, als er in seiner Rede den Bruderbund mit der Sowjetunion und die Gemeinsamkeiten unserer beiden Staaten und ihrer führenden Parteien bei der weiteren Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung und Sicherung des Friedens hervorhob. Seit einiger Zeit ist ein beachtliches Interesse an dem vom XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleiteten Kurs der beschleunigten ökonomischen Entwicklung in der UdSSR und an den dazu veröffentlichten Materialien festzustellen. Besonders nach dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU ergaben sich dazu einige Fragen, zu denen in der Folgesitzung eine Position bezogen werden mußte.

Der in Angriff genommene Erhöhung des Niveaus des gesamten Lebens in der Sowjetunion wird große Bedeutung für die Ausstrahlungskraft des Sozialismus beigemessen. Hohe Anerkennung fand das konstruktive Herangehen der KPdSU an die Lösung innerer wie internationaler Probleme, als dessen glänzender Sachwalter der Gen. Gorbatschow gilt. Es wurden unter den Universitätsangehörigen aber auch Erwägungen erkennbar, bestimmte Orientierungen der KPdSU schematisch auf die Verhältnisse in der DDR zu übertragen.

Diesen Bestrebungen wurde in aller Breite mit einer Argumentation entgegengetreten, die vor allem der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften und die Sektion ML entwickelten. Sie beruht darauf, daß eine vorausschauende Politik in unserem Lande die Produktionsverhältnisse so gestaltete, damit sie die Produktivkräfte optimal förderten. Wir hatten keine andere Wahl, als in der Volkswirtschaft die Wende zur umfassenden Intensivierung konsequent und umfassend zu vollziehen. Es besteht daher keine Veranlassung, die Politik der Hauptaufgabe etwa einer Kritik zu unterziehen.

4. Positionen zum innenpolitischen Kurs in der UdSSR

Das Interesse an der Durchsetzung erster Schritte einer Ab-
rüstung richtete den Blick auch auf die gesellschaftliche
Entwicklung in den einzelnen sozialistischen Ländern. Mit
regem Anteilnahme wurden nach wie vor die einschneidenden
Maßnahmen in der UdSSR erörtert. Anerkennung und Freude
lößten nicht zuletzt die jüngsten Erfolge der Sowjetunion
bei der planmäßigen Erschließung des Kosmos aus.

Besonders unsere Studenten warfen unvermindert die Frage nach
dem Standpunkt zum innenpolitischen Kurs der KPdSU nach dem
XXVII. Parteitag auf, die nicht selten darauf hinauslief,
angeblich im Interesse des weiteren Vorschreitens die Dinge
in der DM ähnlich anzugehen. So wurde im 3. Studienjahr
der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft geäußert, daß ein-
nige der in der UdSSR eingeleiteten Umgestaltungen auch "für
unsere Innenpolitik begrüßenswert wären, um die Mitwirkung
der Bürger zu fördern und ihr Vertrauen zu stärken".

In einem Oberseminar der Sektion Germanistik und Kunstwissen-
schaften plädierten Studenten für analoge Änderungen bei den
Wahlen zu den Volksvertretungen. Auf sie konnte eine Abge-
ordnete des dortigen Bereiches aus reicher eigener Erfahrung
überzeugend einwirken. Zur rein quantitativen Argumentation
zur sozialistischen Demokratie wurde allerdings mehrfach die
Ansicht artikuliert, daß sie noch nichts über das qualitative
Funktionieren aussage.

Die Sektion ML konstatierte besonders unter den Studenten des
1. Studienjahres ein Unbehagen zur Arbeit unserer Massen-
medien, weil es auch hier fast keine kritischen Positionen
gäbe. Nicht selten war die Meinung anzutreffen, daß in der
politisch-ideologischen Massennarbeit Konkretheit, Offenheit
und Klarheit und weniger Eigenlob bestimmend sein müßten.
Derartige Bemerkungen stellten keine Polemik gegen die sociali-
stische Ordnung dar; mit ihnen sollte aber gesagt werden, daß
gewisse Veränderungen auch bei uns angebracht wären.

4. Auseinandersetzung mit staatsfeindlichen Aktionen

Im Berichtszeitraum erfolgte in den Struktureinheiten eine Aus-
einandersetzung mit den gegnerischen Bestrebungen, in unserer
Republik eine Opposition zu installieren. In die Kette der Ere-
ignisse, die den Eindruck von einem inneren Widerstand entstehen
lassen sollen, wurden inzwischen auch die Vorfälle anlässlich der
Kampfdemonstration am 17. Januar in Berlin eingereiht. Besonders
die in unserer Presse dazu gegebenen Kommentare trugen zu der Er-
kenntnis bei, daß westliche Medien diese Machenschaften offen-
sichtlich steuerten und anheizten.

Auch feindliche Aktionen innerhalb der evangelischen Kirche wer-
den in diesen Zusammenhang gestellt. Die Leitung unserer Sektion
Theologie sieht darin einen Mißbrauch der Kirche und vertritt
diesen Standpunkt im Ausbildungsprozeß. Sie zeigte sich dankbar
dafür, daß auch künftig der konstruktive Dialog das Normale im
Verhältnis zwischen Kirche und Staat sein soll, wie das der Vor-
sitzende des Staatrates der DDR Erich Honecker gegenüber dem
Landesbischof Dr. Werner Leich hervorhob.

Nicht überall wurden die an den Provokationen beteiligten Per-
sonen eindeutig verurteilt. Es ergaben sich verstärkt Fragen
zur Meinungsfreiheit und zur sozialistischen Demokratie. Dabei
wurde sichtbar gemacht, daß die in Erscheinung getretenen Gruppen
bestehende Probleme nur zum Anlaß nehmen möchten, um unsere ge-
sellschaftlichen Verhältnisse zu ändern und uns im Grunde ge-
nommen feindlich gesinnt sind.

- 6 -

Die strafrechtlichen Sanktionen lagen im Sinne der Mehrheit
unserer Universitätsangehörigen. Nun fehlt aber Verständnis
für die angeblich großzügig gewährten Ausreisemöglichkeiten
und "Beurlaubungen ins NSW". "So leicht hätte man es denen
nicht machen sollen" meinten dazu Kollegen im ORZ. In den
Sektionen Chemie sowie Staats- und Rechtswissenschaften wurde
sogar die Frage nach der Vereinbarkeit eines solchen Vor-
gehens mit unserer Rechtsprechung gestellt.

In diesem Zusammenhang kam wieder der Wunsch zum Tragen, daß
unsere Medien derartige Vorkommnisse eher aufgreifen. Zu oft
würde auch nur unvollständig berichtet, so daß manche Meldung
erst zu verstehen sei, wenn man westliche Kanäle befragt. Die
Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde schätzte nach einem Men-
torenkurs für Staatsbürgerkundelehrer ein, daß es selbst in
diesem Kreise Unzufriedenheit wegen nicht immer ausreichender
Information über politische Ereignisse und Hintergründe gibt.
In der Sektion Fremdsprachen äußerten Eltern Besorgnis dar-
über, daß unsere Agitation und Propaganda in den Medien die
Jugend ungenügend erreicht.

Dokument 30: IB Mai 1987 – Der innenpolitische Kurs der Sowjetunion. Paralle-
len zur DDR?

Dokument 31: IB März 1988 – Auseinandersetzung mit staatsfeindlichen Aktio-
nen: Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen

4. Zu Veröffentlichungen über den Erneuerungsprozess in der UdSSR

Die Diskussion zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft blieb nicht auf die DDR beschränkt. Groß ist das Bedürfnis, mehr über die innenpolitischen Fragen in den anderen Ländern unserer Staatengemeinschaft zu erfahren. Derartige Informationen erfolgen gegenwärtig vor allem auf mündlichem Wege.

Zur gesellschaftlichen Entwicklung in der UdSSR lieferten dagegen die im ND abgedruckten Artikel, die Rede des Genossen Dobrynin in Prag, aber auch Darstellungen in der Zeitschrift "Sputnik" reichlich Gesprächsstoff. Aus der Sektion Sportwissenschaft verlautete, daß der Öffentlich ausgetragene Meinungsstreit zunächst einmal "als der Sache sehr dienlich und förderlich beurteilt" wird. Gleichzeitig ließ sich wie beispielsweise in der Sektion Polytechnik vielfach auch eine gewisse Unsicherheit in der Bewertung einiger in den Artikeln der Dozentin aus Leningrad und der "Pravda" enthaltenen Standpunkte feststellen. Bei einer Reihe von Mitarbeitern der Sektion ML, der ABP und weiterer Struktureinheiten gab es Unverständnis darüber, daß unser zentrales Parteiorgan, von dem sie gewohnt sind, eindeutig orientiert zu werden, die Bevölkerung mit beiden Artikeln kommentarlos konfrontierte.

Unter unseren Studenten und Mitarbeitern lösten die Publikationen Fragen aus wie:

- gibt es in der Sowjetunion Gegner einer zielstrebigem Erneuerung?
- was für Beweggründe haben dort konservative Kräfte?
- wie geht es mit der Umgestaltung weiter?

Mit dem Abdruck der beiden Artikel wurde objektiv über entscheidende Auseinandersetzungen in der UdSSR informiert, ohne sich in diese Angelegenheiten einzumischen. Das forderte zu eigenem Nachdenken heraus und führte zu regen Gesprächen. Dabei setzte sich die Erkenntnis durch, daß in dem Brief aus Leningrad die Umgestaltung als eine Gefahr für die sozialistischen Errungenschaften suggeriert wurde und die "Pravda" darauf entsprechend reagieren mußte.

Bei der Klärung unstrittener Positionen half besonders der Beitrag von Prof. Reinhold in der "Einheit" 4/88. Durch die unmissverständliche Parteinahme für die Umwandlungen in der Sowjetunion wurde deren entscheidende Bedeutung für die Stärkung des Sozialismus unterstrichen. Die vom XXVII. Parteitag der KPdSU beschlossene Politik, die sozialökonomische Entwicklung der UdSSR zu beschleunigen, müsse deshalb unbeirrt fortgesetzt werden.

Zu Danken gab weiterhin die Konfliktsituation in Aserbaidschan und Armenien, weil die nationale Frage in der UdSSR immer als beispielhaft gelöst galt. Die Veröffentlichungen dazu ließen die Zusammenhänge gut erkennen.

Ohne einer schematischen Übernahme einzelner Maßnahmen das Wort zu reden, verstärkten sich wieder die Meinungen, die bestimmte Wandlungen in der UdSSR auch der Entwicklung in unserem Lande für dienlich halten. Genannt wurden u. a. die Kompetenzen von Partei und Staat sowie die Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie. Wir verwiesen ein weiteres Mal auf die unterschiedlichen Methoden bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechend den konkreten historischen Bedingungen in der UdSSR und in der DDR. Im letzten Jahrzehnt sei in unserem Lande ein Aufstau von Problemen nicht zugelassen worden, weshalb auch nicht die Aufgabe stehe, eine gesellschaftliche Vorkrisensituation zu bewältigen. Den massiven feindlichen Versuchen, Gegensätze zwischen der KPdSU und der SED zu konstruieren und die Lage in der DDR zu destabilisieren, ist offensiv zu begegnen.

Bei aller Betonung der Eigenverantwortlichkeit der Bruderparteien für den Weg zum Sozialismus waren im zunehmenden Maße Überlegungen darüber anzutreffen, ob die sozialistischen Länder nicht enger zusammenschließen und gerade politisch-ideologisch wieder mehr Geschlossenheit an den Tag legen sollten, um auch wirtschaftlich den Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Die politische Situation in Polen, die Anlehnung Ungarns an bestimmte kapitalistische Wirtschaftsmethoden und auch der beunruhigende Nationalitätenstreit zwischen Ungarn und Rumänien würden verstärkte integrative Bemühungen notwendig machen. Nicht zuletzt erfordere die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG ein politisch und wirtschaftlich geeintes sozialistisches Lager.

6. Ansichten zu Entwicklungsproblemen des Sozialismus

Auch in diesem Berichtsmonat hielt das besondere Interesse an Ereignissen und Veränderungen in den sozialistischen Bruderländern an. Dazu trugen Austauschpraktika bei, die vor allem unter den Studenten eine Reihe von politischen Fragen zu den Realitäten ergaben, deren Beantwortung sich selbst für die Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde als problematisch erwies. Mehrfach wurden diese Dinge nach Arbeitsaufenthalten beispielsweise in der VR Polen diskutiert.

Mit Wisbegierde verfolgten Kollegen und Jugendfreunde

- die Neubildung der Regierung in der VRP
- die kadernmäßigen Veränderungen im Partei- und Staatsapparat der CSSR
- die Ereignisse in Jugoslawien
- die Zulassung von größeren Privatbetrieben in der Ungarischen Volksrepublik
- die Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik in Rumänien.

Dazu bemerkte die Sektion Germanistik und Kunstwissenschaften, daß hierzu das Informationsbedürfnis größer sei als es unsere Medien befriedigen. Es wurde zwar verstanden, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten unserer Bruderländer nicht einmischen wollen und können. Doch zwischen dieser anerkannten Haltung und den spärlichen Nachrichten über die spezifischen Wege der sozialistischen Länder gäbe es noch eine Palette von anderen Möglichkeiten.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Polen und in Jugoslawien wurde beispielsweise in der AEF als beunruhigend für die sozialistische Entwicklung in diesen Ländern bezeichnet. Gegenseitige Praktiken in Ungarn führten zu gewissen Verunsicherungen. In Lehrveranstaltungen der Sektion ML vertreten Studenten der Sektion Pflanzenproduktion in 5 von 10 Seminargruppen des 3. Studienjahres die Meinung, daß grundlegende Aussagen im "Kommunistischen Manifest" ihre Gültigkeit verloren

4. Politische und Ökonomische Entwicklungstendenzen in sozialistischen Staaten

Mit großem Interesse werden nach wie vor die Entwicklungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern verfolgt. Der erkennbare Differenzierungsprozeß führt zu vielerlei Fragen.

- Probleme der Aus- und Rückwirkung der unterschiedlichen Entwicklungstendenzen auf die DDR (Theologie),
- Frage nach dem Wesen des Sozialismus und seiner historischen Zukunft (Theologie),
- Ursachen der ökonomischen Lage in einigen sozialistischen Ländern (Pflanzenproduktion),
- bringen die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen in den sozialistischen Ländern nicht Probleme mit sich, wird die sozialistische Entwicklung dabei eingehalten (Medizin),
- ist unter den gegenwärtigen Bedingungen die Zusammenarbeit in RW noch gewährleistet, sind die getroffenen Vereinbarungen real? (Erziehungswissenschaften)

Generell klingt aus den aufgeworfenen Fragen Besorgnis über die Entwicklung in einigen Ländern (insbesondere in Polen und Ungarn, aber auch in der SU) heraus. Wird es gelingen, den Sozialismus auf ein höheres Niveau zu entwickeln?

Insbesondere die Mitteilung, daß in der SU ca. 43 Mio Bürger unter der Armutsgrenze leben, wurde einerseits bezweifelt (AEF), andererseits mit Entsetzen zur Kenntnis genommen (Pflanzenproduktion, 3. Studienjahr). Aber auch die Veröffentlichung zur Schaffung eines Mehrparteiensystems in Ungarn und einer neuen Verfassung wurde aufmerksam registriert.

Einige Kollegen bringen ihre Besorgnis über die von Karol Goss eingeführte mögliche Oppositionsrolle der USAP zum Ausdruck. Man befürchtet, daß die Aufgabe der führenden Rolle der USAP zu einer Verbürgerlichung dieses Staates und damit zum Unsicherheitsfaktor im sozialistischen Lager führen könnte (Germanistik/Kunstwissenschaften, Biowissenschaften).

In Bezug auf den politischen Pluralismus wird hervorgehoben, daß Meinungsvielfalt im Sinne der Suche nach den besten Lösungen streng vom politischen Pluralismus abzugrenzen und mit diesem nicht identisch ist. (Staats- und Rechtswissenschaft)

Dokument 34: IB November 1988 – Die Medien befriedigen nicht das Informationsbedürfnis über die sozialistischen Länder

Dokument 35: IB März 1989 – Entwicklung in den sozialistischen Ländern, Armut in der SU

richterstattung nach mehr Kommentaren und Hintergrundinformationen. Eine solche erhob beispielsweise die Sektion Pharmazie, die jedoch gleichzeitig betonte, daß nach dem Medienbeschluß des Politbüros bei den politischen Gesprächen in den Arbeitskollektiven mehr als bisher auf Informationen aus Presse und Funk der DDR zurückgegriffen wird.

Die Struktureinheiten berichteten von einer anhaltenden Diskussion über die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen sozialistischen Staaten. In der Sektion Geographie wird eine große Gefahr darin gesehen, daß diese eine Lösung oder Milderung der Probleme im Alleingang, auf nationaler Ebene oder in Anlehnung an kapitalistische Länder anstreben, der Zusammenhalt im sozialistischen Weltsystem nachläßt und sich die objektiv notwendige Internationalisierung der Wirtschaftsprozesse abschwächt. "In der Diskussion, die unter Mitarbeitern und Studenten vor sich geht, werden als Gründe für diese krisenhaften Erscheinungen oft die ungenügende Beachtung der Rolle der Arbeitsproduktivität, Führungsschwächen der Parteien, Überschätzung der eigenen Positionen, zu später Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion genannt."

Dagegen hob die Sektion Pflanzenproduktion hervor, daß die führenden Repräsentanten der DDR und der CSSR weitere Festlegungen zur künftigen Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Lebens trafen, die Optimismus verbreiteten. Unter den Studenten löste besonders das gemeinsame Jugendwerk viel Freude aus. Ebenso wurde am Vertrag über die Abgrenzung in der Oderbucht deutlich, daß zwischen benachbarten sozialistischen Staaten auch komplizierte Probleme in gegenseitigen Einvernehmen lösbar sind und die sozialistische Integration lebensfähig ist.

Bei der Bewertung der Entwicklung in Polen und Ungarn ließ sich Vorsicht und Zurückhaltung feststellen. Eine extreme Frage lautete: "Wird dort versucht, Probleme des Sozialismus zu lösen, indem man ihn stückweise abschafft?" Mehrere Sektionen berichteten von Spekulationen über notwendig werdende neue Bestimmungen für den Reiseverkehr mit Ungarn.

Die Sektion Orient- und Altertumswissenschaften weist darauf hin, daß sich bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen aber auch Schwachstellen in der politisch-ideologischen Arbeit zeigten. In dieser Hinsicht gab es im Zusammenhang mit der Wahl folgende wichtige Schlussfolgerungen:

- Die Studenten müssen Gelegenheit haben, bei der Aufstellung der Kandidaten mitzuwirken
- Viele Studenten möchten die Kandidaten ihres Wahlkreises persönlich kennenlernen
- Der Sinn der Wahl am Hochschulort ist zu überprüfen
- Der Kontakt zwischen Abgeordneten und Wählern sollte kontinuierlicher gestaltet werden.

Auf Unverständnis stieß die Aufdringlichkeit verschiedener Beobachter bei den Auszählungen in den Wahllokalen. Ihr Benehmen hätte allerdings auch dazu beigetragen, daß die Erfindungen westlicher Medien über Unregelmäßigkeiten bei der Feststellung des Wahlergebnisses unter den Universitätsangehörigen wenig Resonanz fand. (Sektion Physik, GRZ) Lediglich aus Wohngebieten berichteten einige Mitarbeiter der Sektion Wirtschaftswissenschaften von Verwunderungen über die ausgewiesene Wahlbeteiligung, weil dort angeblich eine erhebliche Anzahl von Bürgern der Wahlurne ferngeblieben wäre.

Dokument 36: Zsf. Mai/Juni 1989 – Unterschiedliche Entwicklungen in den sozialistischen Ländern. Krisen-Erscheinungen im Sozialismus.

Dokument 37: Zsf. Mai/Juni 1989 – „Gesellschaftliche Höhepunkte des Monats“: Kommunalwahlen

4. Zu Erscheinungen in sozialistischen Bruderländern

Oft durch die einzelnen Beiträge in der Presse angeregt, blieb auch in diesem Berichtszeitraum die Situation in den einzelnen Bruderländern ein zentrales Thema der politischen Diskussion. Die Erscheinungsbilder im sozialistischen Weltsystem drängen auf grundsätzliche Fragestellungen nach dem Wesen und der Perspektive des Sozialismus. So berichtete beispielsweise die Sektion Polytechnik von Unklarheiten in den einseitlichen Zielen der sozialistischen Entwicklung, der Geschlossenheit im politischen Auftreten der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie des Abwicklungsmodus in den Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des RGW. Von der Sektion Fremdsprachen kam dazu die Ansicht, daß es den kommunistischen Parteien in den benachbarten sozialistischen Ländern in einem sehr unterschiedlichen Maße gelang, die unbestreitbaren Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Unter den Studenten gab es ebenfalls Zweifel, ob manche der in letzter Zeit eingeleiteten Maßnahmen als sozialistisch angesehen werden können. Andere wiederum nahmen überzogen negative Wertungen vor, die in der Meinung mündete, daß das sozialistische Lager auseinandertrifte.

Die zunehmende Information über die Lage in den Bruderländern fand Beifall, doch würde die Übernahme von unkonzentrierten Artikeln auch zu Unsicherheit und Ratlosigkeit führen.

In einzelnen wurden die Bestrebungen nach einem politischen Pluralismus angesprochen, wie sie offenbar in Polen und Ungarn vorhanden sind. Wie in 2. Studienjahr des Bereiches Medizin kam dabei die Frage auf, ob nicht auch wir ein entsprechendes Äquivalent dazu entwickeln sollten. Alle vermeintlichen Vorteile eines solchen Rückgriffes hielten aber schließlich dem Argument nicht stand, daß sich unser Mehrparteiensystem und die Politik auf der Grundlage des Programms der SED bewährt haben und deshalb keine Verunsicherung besteht, von diesem Wege abzuweichen.

Es interessierte, wie die Sowjetunion die mit der Glasnost zu Tage getretenen Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Nationen überwinden kann. (Polytechnik, Pflanzenproduktion, ABF) Es gilt als sicher, daß neben echten Problemen ausländische Einflüsse für die separatistischen Bestrebungen verantwortlich zu machen sind.

1. Einschätzung der Vorgänge in der VR China

Eine nachhaltige Diskussion und komplizierte Meinungsbildung gab es zu den schwerwiegenden Ereignissen in der VR China. Vielfach lag den dazu gemachten Äußerungen das Eingeständnis zugrunde, in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieses bevölkerungsreichsten Landes der Erde nur einen unzureichenden Einblick zu haben (z. B. Sektion Polytechnik). Dennoch erfuhr die gewalttätigen, blutigen Ausschreitungen verfassungsföndlicher Elemente und der darauf erfolgte Einsatz bewaffneter Kräfte bei Mitarbeitern wie Studenten zunächst eine unterschiedliche Bewertung.

So berichtete die Sektion ML, daß Studenten aller Studienjahre und Semestern die Vorgänge durch die Brille des Medienimperialismus der BRD wiedergaben. Immer mehr Universitätsangehörige stellten sich aber hinter die Erklärung der Volkskammer zu den aktuellen Ereignissen in der Volksrepublik China und versuchten, aus den entsprechenden Verlautbarungen der dortigen Partei- und Staatführung ein objektives Bild zu gewinnen. Dabei half auch Gen. Prof. Brentjes von der Sektion Orient- und Altertumswissenschaften mit Informationen und der Argumentation. Die Universitätsparteilitung reagierte unverzüglich auf vorhandene Unsicherheiten und aufkommende Fragen, so daß einer zugespitzten oder destruktiven Diskussion nur in einigen wenigen Fällen zu begegnen war.

Unterschiedliche Ansichten bestehen noch zum Zeitpunkt und Umfang der militärischen Reaktion auf die Unruhen, zu den tieferen Ursachen für das Umschlagen der Studentendemonstrationen in einen kontroversionären Aufruhr sowie zu den gefällten Todesurteilen. Aus den Einschätzungen der Sektionen und Bereiche spricht die Erkenntnis, daß diese friedlichen Demonstrationen gerade dann zum Sturz der Volksmacht ausgenutzt werden sollten, als durch die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion der Weltsozialismus eine be-

- 6 -

deutende Stärkung erfuhr. Ein Beweis dafür sei nicht zuletzt die Auslegung der chinesischen Vorgänge durch das Fernsehen der BRD und die damit verbundene antikomunistische Hetze.

Dokument 38: IB Mai 1989 – Politischer Pluralismus in Polen und Ungarn. Beispiel für die DDR?

Dokument 39: IB Juli 1989 – China: Demonstration am „Platz des himmlischen Friedens“

4. Zur Einschiebungskampagne der DDR in unsere inneren Angelegenheiten

Den Berichten aus den Struktureinheiten noch zu urteilen stand allerdings weniger die bisher größte Grenzprovokation seitens der DDR zur Diskussion als vielmehr der Versuch von Bürgern der DDR, über die ungarische Grenze oder Botschaften der DDR ihren Staat illegal zu verlassen. Im Bereich Medizin wurde vor allem befürchtet, daß sich die derzeitige Absetzungstendenz auf die erzielten Fortschritte im Reiseverkehr mit dem NSG auswirken könnte. In der Sektion Germanistik und Kunswissenschaften ging man von 100 000 Bürgern aus, denen in diesem Jahre angeblich die Ausreise in die BRD genehmigt wird und stellte die Frage, wie lange die DDR einen solchen Abgang von Arbeitskräften verkraften kann. Die Sektion Sportwissenschaft sprach in ihrer Stellungnahme von einer Massenflucht, die unsere Medien nahezu ungeschrien ließen.

Offenbar erkannte ein größerer Teil unserer Mitarbeiter und Studenten nicht deutlich genug, daß wieder einmal Drogenvergifter und Frontberichterstatler es Werke waren und eine unmenschliche Inszenierung in Szene setzten. Immer häufiger kam jedoch Unverständnis darüber zum Ausdruck, daß sich bei uns Menschen von einer Scheinwelt blenden lassen, leichtfertig Heimat sowie erarbeitetes Gut verlassen, um in einen Staat der sozialen Unsicherheit zu gehen (Pflanzenproduktion, Staat und Recht). Verbreitet besteht der Wunsch nach Aufklärung darüber, inwieweit Ausreisende für die erhaltene Ausbildung zahlungspflichtig gemacht werden. In zunehmenden Maße verurteilten Mitarbeiter und Studenten die Hetzkampagne in DDR-Medien und noch mehr die zügellose Einschiebung der Regierung in Bonn in Angelegenheiten unserer Republik als eine gezielte Selektion der Beziehungen zwischen beiden souveränen deutschen Staaten.

Es gab jedoch auch Meinungen, die in einzelnen Kollektiven zu kontroversen Gesprächen führten. Mitarbeiter der Sektion Polytechnik vertraten die Auffassung, daß Bürger vorwiegend aus materiellen Erwägungen in die BRD übersiedeln möchten. Gegenüber stellte sich im Institut für Arbeitsmedizin die Frage, warum auch Menschen, die in unserem Lande fleißig und erfolgreich wirken, die Ausreise anstreben. Besorgnis rief der Eindruck hervor, daß besonders junge Leute die DDR verlassen. Die Schlussfolgerung war meistens, diese Probleme nicht zu verdrängen, sondern die Ursachen für Ausreisebestrebungen festzustellen und gegen sie vorzugehen.

In der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft wurde nicht verstanden, warum unsere Medien nicht über die Vorgänge in Sopron informiert hätten. Aber nicht nur hier rechnet man damit, daß die Treue zu unserem Staat während der 1. Studienwoche eine große Rolle spielen wird und bereitet sich auf die Argumentation dazu vor. "Wir möchten uns jedoch auch in unseren Massenmedien ein problemorientierteres Eingehen auf diese Situation" (Sektion Polytechnik).

Martin-Luther-Universität
Halle - Wittenberg
Ordnung des 1. Prorektors

Halle, den 20. 09. 1989

DIENSTTAGE

Diskussion und Meinungen zu aktuellen politischen Problemen
- Zusammenfassung von Informationen aus den für den Monat
S e p t e m b e r 1989 berichtspflichtigen Sektionen und
Bereichen

nach wie vor bestimme das verantwortungsbewußte Handeln der
Sektions- und Bereichsleitungen in engen Zusammenwirken mit Partei,
Gewerkschaft und Jugendverband das politisch-ideologische Geschehen
in den Struktureinheiten. Die aktuellen Vorgänge wurden von Mitar-
beitern und Studenten in vertrauensvollen Dialog diskutiert.

1. 40jähriges Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik

Für die letzte Etappe auf dem Wege zum Republikjubiläum gingen
von der Parteiführungsstelle zum Beginn des neuen Studienjahres we-
sentliche Impulse aus. Sowohl mit den Vollversammlungen bzw. De-
legiertenkonferenzen als auch in der 1. Studienwoche und mit Fest-
veranstaltungen wurde dieses in das Bewußtsein der Universitäts-
angehörigen gerückt. Wie in der Sektion Erziehungswissenschaften
richteten sich alle Anstrengungen darauf, die zu Ehren des 40.
Jahrestages eingegangenen Verpflichtungen auf hohem Niveau zu
erfüllen.

Die Sektion Chemie eröffnete zu diesem Anlaß eine Leistungsschau,
die einen repräsentativen Überblick über die Arbeit der Wissen-
schaftler, Studenten und Angestellten gibt. Neben herausragenden,
Ergebnissen aus Forschung und Lehre der Sektion ist auch die
Offiziershochschule Löbau mit einem Exponat vertreten.

Die Sektionen Marxistisch-leninistische Philosophie sowie Staats-
und Rechtswissenschaft widmeten wissenschaftliche Kolloquien des
40. Geburtstag der DDR. Als sehr bezeichnend für die für die
Bildungspolitik in unserem Lande wurde angesehen, daß die Arbei-
ter- und Bauern-Fakultät "Ulrich" in diesen Tagen auf ein

... nach langem Bestehen zurückblicken kann. Auch die Festwoche zum Jahrestag der Inbetriebnahme des Universitätsklinikums stand im Zeichen des Staatsjubiläums.

... und die vielen anderen Aktivitäten förderten die Erkenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und einen unverrückbaren Eckpfeiler des Friedens und der Sicherheit im Herzen Europas darstellt. Gleichzeitig bedeutet sie in ihrem unerbittlichen Wirken für Völkerverständigung und Abrüstung für den Imperialismus eine unfehlbare Niederlage. Mit dem Stolz auf das Erreichte wurde die Zuversicht für die Lösung der komplizierten Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft gestärkt.

4. Positionen zur herbeigeführten Ausreisewelle

Es fällt auf, daß diesmal in keinem der Monatsberichte der Kampf für Frieden und Abrüstung eine Rolle spielt. Dafür wurde vorübergründig und breit über die Diskussion zur illegalen Ausreise von Bürgern über die UVK informiert. Ihre Handlungsweise stieß zwar kaum auf Verständnis, doch es läßt sich auch nicht von einer durchgängigen Verurteilung sprechen. Mit zunehmender Distanz wurde aber der Frontberichterstattung in BRD-Rundfunk und -Fernsehen begegnet, die in ihrer Penetranz die Grenze des Erträglichen ^{langst} überschritten ^{langst} hätte.

Die Aufrufe zum Verlassen der DDR, zur Formierung einer inneren Opposition, die Netzkapagne in der BRD wurden zunehmend als offene Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten und als Ausdruck des sich verschärfenden Klassenkampfes gewertet. Ausgeprägt war aber auch das Bestreben, die Ursachen für Ausreisewellen vorwiegend bei uns selbst zu suchen, doch konnte niemand eine überzeugende Alternative nennen, die abseits von den klaren und sicheren Werten der DDR zum Wohle des Volkes liegt.

Die zahlreichen Meinungsäußerungen hierzu lassen sich zu folgenden konstruktiven Grundpositionen zusammenfassen:

- Die gegenwärtige Mysterie, die von westlichen Medien geschürt wird und in groß angelegten Abwehraktionen gipfelt, ist in die Gesamtstrategie des Imperialismus einzuordnen, den Sozialismus zu destabilisieren und schließlich zu beseitigen.
- Die Frage, warum einige unserer Bürger die Republik verlassen, ist differenziert zu beantworten. Dabei muß die Dialektik von inneren und äußeren Bedingungen beachtet werden.

6

- Die gegenwärtigen Ereignisse müssen uns Anlaß sein, die Werte des Sozialismus besonders der Jugend noch überzeugender als Errungenschaft und Kampfaufgabe in das Bewußtsein zu rücken.
- Es kommt darauf an, unbeirrt und zielstrebig die Gesellschaftsstrategie der SED durchzusetzen, in allen Bereichen der Gesellschaft disziplinierte und an hohen Leistungen orientierte Arbeit zu sichern, demokratische Mitbestimmung und konsequente Leitungstätigkeit im richtigen Verhältnis entsprechend des erreichten Entwicklungsstandes durchzusetzen und das Leistungsprinzip immer besser zur Wirkung zu bringen.

Folgende Fragen sind von großem Interesse:

- wie sich die Ausreisewelle auf unsere Wirtschaft und die sozialpolitischen Ziele auswirken?
- wie lange wird Ungarn die Grenze zu Österreich offenhalten und ist mit weiteren Vertragsverletzungen zu rechnen?
- wird es Einschränkungen in den Reisemöglichkeiten nach Ungarn geben?
- wie werden wir uns gegenüber Rückkehrwilligen verhalten?

Unter Bezugnahme auf Beispiele, wo die medizinische Betreuung gefährdet ist, wurde gefordert, unsere Macht im Interesse der Gesamtbevölkerung der DDR einzusetzen. Auch führt monatelange Verriegelung der Wohnungen Republikflüchtiger bereits zu Verärgerungen bei den Wohnungsuchenden. (sektionen Mathematik, Pflanzenproduktion)

ABF	Arbeiter- und Bauern-Fakultät (hier: an der MLU), spätere Benennung der Informations-Berichte
APO	Abteilungs-Parteiorganisation
APP, ApP	Allgemeine politische Probleme
BArch.	Bundesarchiv, hier: Abteilungen Berlin
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DLF	Deutschlandfunk
D(u)M	Diskussionen und Meinungen
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GW, Gewi	Gesellschaftswissenschaften, Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium
IB, IR	Informations-Berichte, Informations-Rückläufe (meistens Plural)
INF	Intermediate-range Nuclear Forces
KL	Kreisleitung
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
ML, M-L, ml	Marxismus-Leninismus, marxistisch-leninistisch
MLG	Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium
MLO	Marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
ND	Neues Deutschland (Tageszeitung)
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NÖSPL	Neues Ökonomisches System (der Planung und Leitung [der Volkswirtschaft])
ORZ	Organisations- und Rechenzentrum

PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiter-Partei
Rep./REP	Repositor (Ablage im Archiv / UAH)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHF	Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen
SR	Sozialistische Republik
SU	Sowjetunion
UAH	Universitätsarchiv Halle
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UGL	Universitäts-Gewerkschaftsleitung
ULB	Universitäts- und Landesbibliothek
UPL	Universitäts-Parteileitung
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
UVR	Ungarische Volksrepublik
VD	Vertrauliche Dienstsache; auch: Verwaltungsdirektor
VR	Volksrepublik
VRP	Volksrepublik Polen
VS	Verschlusssache
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WB	Wissenschaftsbereich
Wiwi	Wirtschaftswissenschaften
ZK	Zentralkomitee
Zsf.	Zusammenfassung
ZV	Zivilverteidigung

Impressum

Heinrich Blobner / Dieter Knötzsch:

„Auf Weisung des Ministers ...“. Die Berichterstattung der Martin-Luther-Universität Halle zur politisch-ideologischen Situation 1959–1989

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 25)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Dezember 2002

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung